

Index on cover of No 24.

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 1 · 11. Jahrgang

Berlin, den 1. Januar 1930

Ein weiteres Jahr Saarfreiheitskampf



Wintermorgen im Dörfel

phot. E. Scheidhauer

„Die Aufklärungsarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saarverein“ verdient alle Anerkennung, ihre bedeutungsvolle Aufgabe ist der Unterstützung des gesamten deutschen Volkes würdig, da es sich um überaus wichtige vaterländische Ziele handelt. Sedenfalls sind der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saarverein“ die treuesten und besten Kampfgenossen der Saarbevölkerung.“

Rechtsanwalt Levacher-Saarlouis, Mitglied des Landesrats des Saargebiets
in seinem Saar-Vortrag in der Technischen Hochschule in München am 13. Dezbr. 1929.

95 Pfalz in Not!

**Persönliche Erlebnisse in den Jahren 1923/24
von Hans Herold**

104 Seiten Preis 1.- M.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder unmittelbar vom Verlag: J. C. Becker Universitäts-Druckerei Würzburg (Postfach Nürnberg 14229)

Das Buch erzählt eine kleine Geschichte aus großer Zeit. Ein paar junge Leute in der Pfalz wollen nach besten Kräften helfen, den Passiven Widerstand zu einem glücklichen Ende zu führen. Verrat und Verhaftung setzt ihrem Wirken ein plötzliches Ende.

Die Tätigkeit im Passiven Widerstand u. bei der Abwehr der Separatisten wird einleitend kurz geschildert, dann die Verhaftung, das Verhör durch die Kriminalpolizei, die Kriegsgerichtsverhandlung, die Erlebnisse in neunmonatiger Gefangenschaft. Ernste und heitere Eindrücke wechseln ab.

Hintergrund zu all den Ereignissen ist die allgemeine Lage in dieser Zeit, das Ende der Separatistenherrschaft, die Rückkehr geordneter Verhältnisse in der Pfalz.

Das kleine anspruchslose Buch aus der Feder eines Teilnehmers ist ein Beitrag zur Geschichte jener Jahre, als die Pfalz in vorderster Linie für die deutsche Sache zu kämpfen hatte und für ihr Bleiben beim Deutschen Reich.

65825

*Achten Sie
auf den
Geschmack!*



*Natürliches Mineralwasser
mit eigener Queller-
kohlenensäure versetzt*

Gerolsteiner Sprudel
nur echt mit dem Stern!

„Deutsch die Saar immerdar.“

Helfst die deutsche Saar befreien!

28 ganzseitige

50 halbseitige

Bilder aus dem Saargebiet

150 Seiten stark

Nr. 1.50

Bestellungen nur bei der Geschäftsstelle „Saar-Verein“
Berlin SW 11, Königgräber Straße 94

Jeder muß die Druckschrift lesen!

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 1 · 11. Jahrgang

Berlin, den 1. Januar 1930

Jahreswende — Saarschicksals-Wende

Von Richard Rosselt, Berlin

Als das Jahr 1928 zu Ende ging, stand die Agitationsarbeit der Association Française de la Sarre im Vordergrund der saarpolitischen Erörterungen. Diese französische Vereinigung war im Frühjahr 1928 gegründet worden mit dem Ziel, die Liquidation des Saarsonderregimes so vorzubereiten, daß Frankreich möglichst für alle Zeit seinen Einfluß an der Saar politisch und wirtschaftlich sichert. Wenn man die Arbeit dieser französischen Saar-Vereinigung vergleicht mit den Forderungen, wie sie von Frankreich bei den Ende des Jahres 1929 aufgenommenen deutsch-französischen Saarverhandlungen gestellt worden sind, dann gewinnt man den Eindruck, als habe die Association Française de la Sarre auftragsgemäß diese französischen Forderungen wohlüberlegt und systematisch vorbereitet. Tatsache ist jedenfalls, daß auf der Basis der französischen Forderungen die sieben durch eine Weihnachtspause unterbrochenen Verhandlungen nicht in Angriff genommen werden könnten. Frankreich verlangt die Übertragung der Saargruben an eine deutsch-französische Privatgesellschaft, verlangt die Sicherung des französischen Wirtschaftseinflusses im Saargebiet, es verlangt die Anerkennung der Nachtverträge im Warndt-Gebiet: kurz, es möchte mit der Liquidierung der Saarfrage ein gutes Geschäft machen, das ihm später außerdem noch gewisse politische Vorteile offen läßt. Die für das Saargebiet bestehende Rechtslage will man offenbar in Frankreich nicht kennen, weil sie ihm unbequem ist.

Die Entwicklung der Saarfrage im letzten Jahre zeigt eine politische Wertwürdigkeit. Während in der ganzen Welt und selbst in Frankreich restlos anerkannt wird, daß eine politische Angliederung des Saargebiets an Frankreich niemals in Frage kommen kann, daß das in Versailles geschaffene politische Sonderregime für das Saargebiet eine Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts und die wirtschaftliche Regelung für das Saargebiet eine wirtschaftliche Unvernunft darstellt, die im Geiste der Genfer Abrede und Haager Abmachungen über die Gesamtliquidierung der Kriegsfragen sobald wie möglich beseitigt werden sollte, scheint man im Völkerbund selbst und in der Saarregierung von der veränderten politischen Lage in Europa zur Schaffung einer allgemeinen Friedensatmosphäre noch nichts zu wissen. Man regiert das Saargebiet im Namen des Völkerbundes genau noch so nach kolonialpolitischen Gesichtspunkten, wie es Clemenceau und seine damaligen Mitarbeiter im Interesse einer erfolgreichen Verwelschung des Gebietes angestrebt haben und kümmert sich nicht im geringsten um die Meinung und die Wünsche der Bevölkerung.

Die Saarregierung hat auch im abgelaufenen Jahre nichts unternommen, um mit der Bevölkerung in Verbindung zu kommen, sie ist lediglich mit Maßnahmen hervorgetreten, von denen sie von vornherein wissen mußte, daß sie von der Saarbevölkerung als Herausforderung angesehen werden. Besonders bezeichnend hierfür war das Verhalten der Schulabteilung der Saarregierung, die in einem Geheimerlaß an die Lehrerschaft den Lehrern verbot,

die Eltern schulpflichtiger Kinder über die Unzweckmäßigkeit des französischen Sprachunterrichts in den saarländischen Volksschulen aufzuklären und es als Disziplinarvergehen erklärte, wo die Lehrerschaft sich anders verhielt. Auch die eigenmächtige Abänderung von Sozialgesetzen, besonders in der Frage der Unfallversicherung und der Arbeitslosenversicherung, ohne Berücksichtigung der Abänderungen durch den Saar-Landesrat, zeigen die gewollte Nichtachtung des Willens der Saarbevölkerung durch die Saarregierung.

Maßgebend für die Regierungsarbeit der Saarregierung waren auch im letzten Jahre wieder die Wünsche und Interessen der französischen Saargrubenverwaltung, die sich nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern vielmehr noch auf politischem Gebiet bewegen. Weiter waren für die Saarregierung maßgebend die wirtschaftlichen Interessen französischer Unternehmer, die sich entweder im Saargebiet niedergelassen haben oder das Saargebiet als lukratives Absatzgebiet für französische Waren betrachten. Wie weit die Berücksichtigung dieser französischen Geschäftsinteressen durch die Saarregierung geht, wurde wiederum bewiesen durch die Tatsache, daß die Saarregierung ihre nicht beanspruchten Betriebsmittel französischen Banken zu ganz geringem Zinsfuß zur Verfügung stellte. Die Hoffnung, daß sich das unter dem englischen Präsidenten Sir Ernest Wilton ändern würde, hat sich leider nicht erfüllt.

Ein besonderes Kapitel bildete wieder die Frage des Saarbahnshuzes. Es handelt sich, was man heute auch kaum noch in Genf zu vertuschen wagt, um eine regelrechte Besatzungstruppe. Die Engländer haben ihr 120 Mann starkes Kontingent mit dem Abtransport ihrer Rheinarmee aus Saarbrücken zurückgezogen, so daß jetzt nur noch Franzosen und Belgier den sogenannten „Bahnshuk“ ausüben. Wozu dieser besteht, hat man auch im letzten Jahr nicht erfahren können. Eine Tätigkeit im Sinne seiner Aufgabe hat der „Bahnshuk“ jedenfalls nicht ausüben können, dagegen hat er sich bemüht, durch wüste Übergriffe und Angriffe auf die Saargebietsbevölkerung seine Anwesenheit in Erinnerung zu bringen.

Die Bevölkerung des Saargebiets hat, wie in den vorangegangenen Jahren, zu erkennen gegeben, daß sie die baldige und restlose Rückkehr zum deutschen Vaterland erstrebe, aber nicht gewillt ist, für ein vertragliches und moralisches Recht irgend welche Sonderopfer zu bringen oder von Deutschland solche zu verlangen. Die deutsche Einheitsfront, die während der ganzen Zeit der verwaltungsmäßigen Abgliederung in der Abwehr französischer Annexions- oder Neutralisierungspolitik bestanden hat, hat sich auch im letzten Jahre wieder bewährt. Alle Schichten der Bevölkerung, alle Parteien und beruflichen Organisationen, die Wirtschaft in allen ihren Gliedern usw. haben immer und immer wieder verlangt, daß dem Recht der Selbstbestimmung auch im Saargebiet endlich Erfüllung werden möge.

Einen breiten Raum in der politischen Bewegung des Saargebiets hat erklärlicherweise die Rückgliederungsfrage eingenommen, wie sie in Verbindung mit der Genfer

Resolution der Locarno-Mächte vom September 1928 und in Verbindung mit den Reparationsverhandlungen in Paris und im Haag aufgeworfen worden ist. Es ist und wird in dieser Frage innerhalb der Saargebietsbevölkerung nicht die geringste Meinungsverschiedenheit aufkommen. In einer Besprechung zwischen politischen und wirtschaftlichen Vertretern des Saargebiets und den Hauptführern der deutschen Delegation für die deutsch-französische Saarverhandlungen sind die Richtlinien für diese Verhandlungen aufgestellt worden. Dabei hat sich zwischen beiden Faktoren völlige Übereinstimmung ergeben. Die deutsch-französische Saarverhandlungen haben dann nach mehrfacher Verschiebung am 21. November 1929 in Paris begonnen. Ueber den Verlauf der bisherigen Verhandlungen sind entsprechend der festgelegten Vertraulichkeit keinerlei Einzelheiten bekannt geworden. Fest steht nur, daß nach vierwöchentlichen Beratungen kaum ein Schritt vorwärts getan worden ist. Frankreich hat Forderungen aufgestellt, die von der deutschen Delegation als Verhandlungsbasis rundweg abgelehnt werden mußten. Man hat sich daher zunächst nur informativ über Einzelfragen, die bis ins Allerfeinste gehen, beschäftigt und ist dann am 20. Dezember in eine Weihnachtspause eingetreten. Erst nach dieser Pause wird sich übersehen lassen, ob Frankreich überhaupt gewillt ist, ernstlich an die Liquidierung der Saarfrage heranzugehen. Sollte dieser Wille nicht zutage treten, dann wird sich für die deutsche Delegation nur eine Konsequenz ergeben können: Abbruch der Verhandlungen und Regelung der Saarfrage gemäß § 4 des Saarstatuts, d. h. auf Grund einer Volksbefragung. Es tritt dann die Lage ein, wie sie Briand im Auswärtigen Ausschuss der Kammer gekennzeichnet hat, wonach Frankreich nicht berechtigt ist, einen Preis für die Saargruben zu fordern, sondern sich der Schätzung unterwerfen muß, die von einer neutralen Sachverständigenkommission über den Wert der Saargruben abgegeben wird. Ob es Frankreich auf eine solche Lösung wird ankommen lassen wollen erscheint um so mehr unwahrscheinlich, als die Rentabilität der Saargruben anscheinend immer mehr zurückgeht. Während das Jahr 1928 weder Gewinn noch Verlust aufwies, soll im 2. Trimester 1929 „ein zufriedenstellendes Gleichgewicht zwischen den Produktionsmöglichkeiten und dem Konsum eingetreten sein“.

Das Bild, das sich am Schluß des Jahres 1929 für das Saargebiet ergibt, ist nicht allzu hoffnungsfreudig. Der Geist der Versöhnung und Gerechtigkeit ist noch nirgends recht zu verspüren. Was sich an ersten Entwicklungen einer Saarvereinigung zeigt, ist nicht der Geist spontaner Friedenspolitik, es ist jener Geist, von dem Briand am 26. Dezember 1929 in der französischen Kammer u. a. sagte: „Den schwersten Vorwurf, den man mir macht, ist, daß ich eine Verzichtspolitik betreibe. Ich habe stets eine

Siegerpolitik getrieben und gezeigt, daß Frankreichs Gesicht dasjenige eines Landes ist, das in dem großen Kriege die Schlacht gewonnen hat.“ Wenn er in diesem Zusammenhang auch davon sprach, daß für Deutschland der Versailler Vertrag die Bedeutung eines durch Gewalt aufgezwungenen Vertrages habe, so gibt er damit ein Unrecht zu, das Deutschland angetan wurde, als man ihm neben vielen Verzicht auch die Regelung über das Saargebiet aufzwang. Dieses Unrecht an der Saar gut zu machen, sollte Zweck der deutsch-französischen Saarverhandlungen sein; vorerst sieht man keinen Fortschritt in dieser Richtung. Ganz in der Linie Briandscher Siegerpolitik liegt aber das Bestreben, sich die Wiedergutmachung des Saarunrechts noch besonders bezahlen zu lassen.

Restlos versagt in der Liquidierung von Kriegsfragen hat der Völkerbund; auch in der Saarfrage hat er nichts unternommen, um seine Autorität als Weltfriedenswächter in die Waagschale zu werfen. Er hat sich durch die Erklärung Frankreichs einschüchtern lassen, daß die Saarfrage eine rein deutsch-französische Angelegenheit sei. Ist sie das wirklich? Wir meinen, es handelt sich um eine deutsch-französische Streitfrage, die der Völkerbund im Sinne des Rechtes und der Gerechtigkeit schlichten sollte.

Aus dem vorher Gesagten ergibt sich ohne weiteres der Eindruck, daß alle Faktoren, die der Versailler Vertrag eingeschaltet hat, um Gebiet und Bevölkerung zu verwalten oder zu betreuen, sich die denkbar größte Mühe gegeben haben, um natürlich Gegebenes in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht zu mißachten und über den Willen der Bevölkerung achtlos hinwegzugehen. Um so stärker aber ist dieser Bevölkerungswille gewachsen, wie auch die Überzeugung in der Welt zugenommen hat, daß das Saarexperiment des Völkerbundes restlos Schiffbruch erlitten hat. Die Regierungskommission sitzt einsam wie auf einer Meeresinsel, umtost von den Wogen einer Volksmeinung und einer Volksforderung. Die Regierungskommission aber glaubt, diesen Wogen trogen zu können in der Hoffnung, daß diese Wogen des Freiheitsverlangens einer Bevölkerung durch ein Wunder französischer Propagandakunst besänftigt werden könnten.

Wie sieht nun die Lage für das Saargebiet aus, wenn man den Blick in die Zukunft richtet?

Es ist schwer, den Silberstreifen aufziehender Freiheit zu erkennen. Die in Paris vor 5 Wochen aufgenommenen deutsch-französischen Saarverhandlungen haben eine vierzehntägige Unterbrechung erfahren. Irgendein Ergebnis, das den Gang für die weiteren Verhandlungen anzeigte, ist noch nicht zu erkennen. Frankreich hat der deutschen Dele-

An der Deutschmühle

Von St. R. Dr. Ewald Reinhard Münster i. Westf.

In meiner Jugendzeit war die Deutschmühle noch ein hochromantischer Ort, nach dem die sogenannte Kultur ihre Fingearme noch nicht ausgestreckt hatte. Es gab da weder schöngedachte Wege noch ein Forsthaus, dafür stand unten am Ausgange des Tales, wo der Weg in die Höhe führte, ein etwas ruiniertes Gebäude, von dem wir Tertianer ohne weiteres annahmen, daß es noch in die Zeit der Ordensritter gehöre.

Für uns begann die Deutschmühle, d. h. richtiger der Deutschmühlenweiher, erst eine Rolle zu spielen, wenn der Winter seinen Einzug hielt und Flut und See in Banden schlug. Sobald es bekannt wurde, daß das Eis „hielt“, entstand eine wahre Völkerwanderung nach dem feierlichen Weiher, und es herrschte dann, namentlich an Sonntagnachmittagen, dort eine geradezu beängstigende Hölle.

Am Ufer hatten spekulative Händler „fliegende Verkaufsbuden“ aufgeschlagen, wo sich auch derjenige, der dem Eisport nicht huldigte, für die lange Marschleistung „belohnen“ konnte. Da gab es warme Würstchen, belegte Brote, Bier und Schnaps. Die große Menge aber bewegte sich auf „des Eises Kothurn“, um mit Meister Klopstock zu reden, und dieses bunte Gewimmel von Menschen projiziert auf den dunklen Hintergrund der lichten, geschmückten Berglehne, bot einen Anblick von fast südlicher Schönheit. Goh dann erst eine blutrote Wintersonne ihr Licht auf den See, so konnte man sich an der Farbensymphonie kaum sattsehen. Aber auch bei Lampenbeleuchtung hatte die Deutsch-

mühle ihre Reize. Da konnte es unter Umständen recht spät werden, bis man sich des „Sees Freuden“ entriß.

Gelegentlich veranstalteten „unsere Siebziger“ auch ein „Eisfest“. Punkt 4 Uhr erschallten die ersten Klänge eines flotten Marsches, den die Kapelle erklingen ließ. Und dann lodten die Weisen der Quadrille, und die Offiziere traten mit ihren Damen zu einer „Eisquadrille“ an. Wie wir die Mäuler aufsperrten, wenn sich dann die Paare kunstvoll durcheinander bewegten, oder wenn sie hinterher sogar einen Eismäler tanzten!

Eigentliche „Kunstläufer“ sah man selten; nur ab und zu tauchte wohl ein älterer Mann auf, der Klopstocks Wohlgefallen erregt hätte und in gewagten Stellungen allerlei Kunststücke vollführte. Wir „Saarbrücker“ Jungens waren schon zufrieden, wenn einer eine „Acht“ laufen konnte oder sogar „rückwärts konnte“. Die „auf der Saar“ gelernt hatten, wie ich selbst, fühlten sich schon durch diesen Umstand aus der Menge herausgehoben.

War schon der Eisport an sich ungemein anziehend, so noch mehr das, was ich die „poetische Einkleidung“ nennen möchte; denn die meisten liefen ja nicht alleine, sondern „zu zweien“. Und daß dieses Gegenstück einen zierlich gebundenen Jopf trug, wird man leicht erraten. Da gab es denn mancherlei Kavalleriedienste, als da sind: Schlittschuhlaufen und abschmalzen, Mantel tragen, Erfrischung besorgen — und so wurde solch ein Tag an der Deutschmühle für uns meist eine Übung in der hohen Schule der Liebe.

Und wie schön konnte gar ein Nachhauseweg werden! Durch die stille weiße Natur mit ihren Sterngirlanden und ihrer Mondampel! Wie mochte da manch ein Blümlein ersprießen, in dem Garten der Minne gewachsen — denn Liebe ist international und überzeitlich.

gation Forderungen unterbreitet, die eigentlich nur eine Auslegung zulassen, daß es auf ein Scheitern der Verhandlungen hinsteuert. Die französische Verhandlungsdelegation ist damit offenbar einer höheren Weisung gefolgt, die Verhandlungen so lange richtungslos hinzuziehen, bis der Young-Plan unter Dach ist, weil Frankreich die Frage der Saarliquidierung nicht unter dem Druck der Reparations-Verhandlungen führen will. Diese Taktik birgt die Möglichkeit des Scheiterns der Saar-Verhandlungen in sich. Von deutscher wie von saarländischer Seite ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß man sich keine Regelung abtrocknen lassen werde, die Bevölkerungswille und Rechtslage beiseite zu schieben sucht. Deutschland und Saargebiet können bis zum Abstimmungsjahr 1935 warten, um auf Grund der Volksabstimmung jenen Regelungsgang vorzunehmen, wie er im Saarstatut vorgesehen ist.

Briand hat vor wenigen Wochen dem französischen Parlament erklärt, daß eine solche Lösung der Saarfrage für Frankreich ungünstig sein würde, da über die Stimmung der Saargebetsbevölkerung kaum ein Zweifel bestehen könne. Daraus folgert aber nicht, daß Deutschland heute bereit wäre, jeden Preis zu zahlen und jeder Vereinbarung zuzustimmen, die sich auf die zoll- und wirtschaftspolitische Regelung bezieht. Wenn man das in Frankreich erwarten sollte, dann beweist man nur, daß man die Lage an der Saar nicht kennt oder nicht kennen will.

Das Jahr 1930 wird somit für die Zukunft des Saargebets eine grundsätzliche Klärung bringen. Das bedeutet, daß sowohl das Saargebiet wie seine Helfer im Reich sich auf besonders harte Kämpfe vorbereiten müssen. Sollte es zu einer annehmbaren Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich kommen, dann ist die Umstellung vorzubereiten, die sowohl an der Saar wie im Reich besondere Maßnahmen erforderlich macht. Das Hauptaugenmerk ist darauf zu legen, daß wirtschaftliche Erschütterungen für das Saargebiet nach Möglichkeit verhindert werden. In dieser Richtung ist wohl durch die politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen schon viel getan worden, so daß keine Vereinbarung Ueber-raschungen bringen könnte. Steuer-, Sozial- und Rechtsfragen erfordern sachliche Kenntnis, psychologische Verständnis und ruhige Ueberlegung; es kann hier weder Beunruhigung noch Verwirrung hervorbrechen, wenn man engherzigen Bürokratismus von vornherein ausschaltet. Das alles aber sind Angelegenheiten, die das Saargebiet und Deutschland ganz allein angehen; französische Einmischungen, wie sie in letzter Zeit mehrfach auch an amtlicher Stelle hervorgetreten sind, sind abzulehnen, auch wenn sie unter dem irreführenden Stichwort der „Wahrung der Rechte der Saargebetsbevölkerung“ gehen.

Größte Sorgfalt ist deutscherseits dem Fall zu widmen, daß die deutsch-französischen Saarverhandlungen zu keinem Ergebnis führen und die Rückgliederung des Saargebets sich unter Umständen bis 1935 verzögert. Es ist mit aller Bestimmtheit anzunehmen, daß Frankreich diese fünf Jahre benutzen würde, seine politische Propaganda im Saargebiet zu vervielfachen, um vielleicht doch noch einen politischen Erfolg zu erzielen. Im vergangenen Jahre haben sich mehrfach Anhaltspunkte dafür ergeben, daß man unter dem beherrschenden Einfluß des französischen Grubenfiskus und der überwiegenden französischen Beamtenbürokratie der Saarregierung noch einen letzten Vorstoß versuchen will, um Frankreichs Prestige an der Saar nicht restlos Schiffbruch erleiden zu lassen. Der Druck auf die Berg-

leute zur Anmeldung deutscher Bergmannskinder für die französischen Schulen, die rechtswidrige Förderung des französischen Sprachunterrichts durch die Saarregierung, der erneute Versuch, über reichsdeutsche Politiker und Parlamentarier Zensur und Kontrolle auszuüben, der weitere Versuch zur Unterbindung der Meinungsfreiheit der Kreis- und Gemeindevertretungen, die auch vom Präsidenten Vilton abgelehnte Aufhebung des Verbreitungsverbots des „Saar-Freund“, die Neuauflage des „Saarbund“ in der Form des „Bergarbeiterbundes für den Warndt“ und viele andere Maßnahmen, alles das sind Beweise dafür, daß Frankreich und die französisch orientierte Saarregierung ihren Kampf zur Erzielung politischer Erfolge an der Saar noch nicht völlig aufgegeben haben. Er wird in verstärktem Maße entbrennen und angefacht werden, wenn die Saar-Verhandlungen nicht mit der sofortigen und restlosen Rückgliederung abgeschlossen werden sollten.

Auf diesen Fall sollte man sich in Deutschland heute schon vorbereiten. Es dürfte kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß der dann einsetzende Kampf hart und jähe geführt werden wird. Frankreich wird seine ganze Propagandakunst dann der Saarfrage widmen, weil die Rheinlandfrage inzwischen ihre Erledigung gefunden haben wird. Reich und Länder werden ihre ganze Aufmerksamkeit, aber auch ihre Grenzlandfürsorge im besonderen Maße dem Saargebiet zuzuwenden haben. Sie werden sich dabei jener Hilfskräfte bedienen müssen, die bisher aus eigener Kraft die Aufklärungs- und Unterstützungsarbeit zur Deutscherhaltung des Saargebets geleistet haben: das sind Geschäftsstelle und Bund der Saar-Vereine mit dem „Saar-Freund“. Man sollte diesen Faktoren endlich einmal die Anerkennung und Unterstützung zuteil werden lassen, die sie verdienen. Man sollte sich diese bewährten Kräfte nutzbar machen und es ablehnen, Konjunkturpolitikern die Wege zu ebnen, die sich plötzlich vordrängen. Es bedarf zur erfolgreichen Durchführung des Saar-Freiheitskampfes keiner neuen Interessenorganisation, es bedarf aber auch keiner parteipolitisch aufgelegenen Aktionen. Die Saar muß in ihrer Gesamtheit zum Reich zurück, für ihre Befreiung treten nicht einzelne Parteien, sondern das gesamte deutsche Volk ein. Es ist unwürdig, wenn hien oder drüben einzelne Parteien versuchen, ein Mehrverdienst an dem Freiheitskampf und Erfolg für das Saargebiet für sich zu berechnen; ohne das Zusammenstehen aller wäre das Saargebiet niemals zur Einheitsfront gekommen!

Bereit sein und einig sein, das ist die Parole, die im neuen Jahr für die Saarbefreiung einzuhalten sein wird. Unter dieser Parole wird auch der Saar-Verein im kommenden Jahre seine Arbeit aufnehmen. Erst muß der Saarkampf restlos politisch gewonnen sein, dann tritt eine neue Aufgabe an Reich und Volk und auch an den Saar-Verein heran. Sie soll und sie wird uns nicht unvorbereitet finden. Der politischen Rückgliederung muß die wirtschaftliche Eingliederung folgen. Wir wünschen alle, daß neue Aufgaben uns schon im neuen Jahre gestellt werden; wir können aber auch, wie es uns das Saargebiet empfohlen hat, bis zum Jahre 1935 warten. Dann heißt es: auf zu neuen Kämpfen und zum restlosen Sieg! So fassen wir unsere Arbeit im neuen Jahre auf:

Bereit sein und einig sein!

Ein weiteres Jahr Saarkampf

Kurz vor Schluß des Jahres 1929 haben in Paris Verhandlungen eine Pause erfahren, die der Frage der Saarrückgliederung gelten sollen. Noch weiß man nicht, wie sich die Verhandlungen weiter entwickeln werden. Der bisherige Verlauf dieser deutsch-französischen Saarbepredungen läßt jedenfalls noch kein abschließendes Urteil zu. Man hat aber den Eindruck, daß sich die Verhandlungen äußerst schwierig gestalten und daß die Franzosen noch immer versuchen, eine Regelung zu erreichen, die

weder dem Willen der Saarbevölkerung noch den Bestimmungen des Saarstatuts gerecht wird. Es ist im Saargebiet bei der Neubildung des französischen Kabinetts unter Tardieu darauf hingewiesen worden, daß Tardieu und Clemenceau in erster Linie für das Schicksal des Saargebets verantwortlich zu machen sind, wie es in Versailles festgelegt wurde. Clemenceau ist vor wenigen Wochen nach hartem Todeskampf verstorben. Er war es, der in der Vierer-Konferenz von 1919 eine Saarländer-Adresse auspielte,

die angeblich von 150 000 Saarfranzosen verfaßt wurde und die Einverleibung des Saargebiets in Frankreich verlangte. Es hat sich sehr bald ergeben, daß diese Adresse gefälscht wurde in der Absicht, das Saargebiet für Frankreich zu gewinnen.

Der jetzige französische Ministerpräsident gilt als der Verfasser jener Noten, die in Versailles die Ansprüche Frankreichs auf das Saargebiet in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht begründen sollten. Es hat sich seit seiner Ministerpräsidentenschaft noch nicht gezeigt, ob er, wie seinerzeit in Versailles, weiterhin für die Einverleibung des Saargebiets sich einsetzt. Wir möchten es nicht glauben, wenn auch mit seiner Ernennung jene französischen Kreise Oberwasser erhalten zu haben scheinen, die, wenn auch nicht mehr die Annexion des Saargebiets, so doch eine Regelung erstreben, die wenigstens die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Einflusses Frankreichs im Saargebiet zum Ziele haben.

Gerade als die Frage der Saarrückgliederung in ihr entscheidendes Stadium treten sollte, raffte der Tod den Vorkämpfer saardeutscher Freiheit, den deutschen Außenminister Dr. Stresemann, hinweg. Das bedeutet einen schweren Verlust für das Saargebiet wie für Deutschland überhaupt. Die Verzögerung der Saarverhandlungen, ihr schleppender Gang scheinen die erste Auswirkung des Todes Stresemanns zu sein.

Die Rückgliederungsverhandlungen.

Das abgelaufene Jahr stand für das Saargebiet von Anfang an unter der Frage der Rückgliederung. Die Vorarbeit, die Dr. Stresemann hierfür politisch und diplomatisch geleistet hat, kann mit seinem Tode nicht einfach beiseite geschoben werden. Durch die Vereinbarungen der Locarno-Mächte in Genf im September 1928, in denen sich die Beteiligten zu einer Politik der Gesamtiliquidierung der Kriegsfragen bekannten, erhielt die Erörterung der Saarrückgliederungsfrage einen starken Antrieb. Es zeigte sich dabei, daß französischerseits von vornherein eine These vertreten wurde, wonach die Saar- und Rheinlandfrage nichts miteinander zu tun hätten, eine These, die der Ehrenpräsident der „Association Française de la Sarre“, Bardoux, aufgestellt hat, indem er erklärte, „daß die Rheinlandräumung und die Saarfrage absolut verschiedenen Charakters seien und daher einer gleichen Behandlung nicht offen stünden“. Diese These ist bis in die allerjüngste Zeit hinein von Frankreich vertreten worden, u. a. auch von dem französischen Außenminister Briand.

Gegenüber den französischen Versuchen, im Warndgebiet eine Grenzberichtigung zu erzwingen, schrieb der „Saarbergknappe“ u. a. im Sinne einer Erklärung Dr. Stresemanns: „Es ist unser unumstößlicher Wille, sobald wie möglich dem Deutschen Reich und deutschen Volke wieder eingegliedert zu werden, ohne daß weder ein Quadratcentimeter Boden des Saargebiets noch ein Pfund Kohlenvorkommen zugunsten Frankreichs abgetreten wird“.

Mit besonderer Hartnäckigkeit ist französischerseits der Gedanke einer Internationalisierung der Saargruben in der Öffentlichkeit vertreten worden. Das französische Komitee für internationale Probleme hat sogar eine Diktierchrift offenbar im Auftrage einer Reihe französischer Saarinteressenten ausgearbeitet, die die zweckmäßigste Lösung der Saargrubenfragen in der Gründung einer internationalen Ausbeutungsgesellschaft sieht. Dieser Gedanke ist bekanntlich auch in dem ersten Verhandlungsabschnitt der deutsch-französischen Saarkonferenz aufgeworfen worden. Es besteht selbstverständlich nicht die geringste Wahrscheinlichkeit, daß die deutsche Delegation auch nur eine unverbindliche Besprechung zugelassen hat.

Ein weiterer Punkt in den öffentlichen Erörterungen in Frankreich bildet die Investierung französischen Kapitals in der Saarindustrie. Genaue Feststellungen haben ergeben, daß diese französische Kapitalmacht nicht so überragend ist, daß sie für die Rückgliederungsverhandlungen irgendwie einen begründeten Anlaß geben könnten, dem Willen der Bevölkerung entgegen eine Regelung vorzunehmen. Die Entwicklung des Handelsverkehrs zwischen Saar und Reich einerseits und zwischen Saar und Frankreich andererseits unter dem deutsch-französischen Zollabkommen beweist zudem, daß die Kapitalüberfremdungstaktik ebenso ein künstliches Gebilde darstellt wie die französischen Handelsbeziehungen mit dem Saargebiet. Diese müssen in dem Augenblick eine rückläufige Bewegung erfahren, wo der Bevölkerung keine zollpolitischen Hemmungen die freie Warenwahl erschweren.

Die Gesamteinstellung der Reichsregierung zur Frage der Rückgliederung hat Dr. Stresemann in seiner bekannten Reichstagsrede am 24. Juni 1929 eindeutig

Kargelegt, indem er erklärte: „Ich möchte gar keinen Zweifel darüber lassen, daß die deutsche Reichsregierung, wenn sie von den Fragen gesprochen hat, die zur Liquidierung des Krieges gehören, darunter auch die Frage der Saar ebenso verstanden wissen will wie die Rheinlandräumung. Ich glaube, daß es niemand in Frankreich geben wird, der sich unklar ist über die Abstimmung im Saargebiet. Das Saargebiet war deutsch, ist deutsch und wird deutsch bleiben.“ Diese Kundgebung des damaligen deutschen Außenministers hat deshalb auch für die jetzt schwebenden Saarverhandlungen bindende Bedeutung, weil ihr am 21. Juni eine Kabinettsitzung vorausging, in der sich die Reichsregierung über die Voraussetzungen zur Annahme des Young-Planes befaßte. Darin wurde die Bereitschaft der deutschen Regierung zur Annahme des Sachverständigenplanes als Grundlage festgelegt unter der Voraussetzung der Durchführung einer „gleichzeitigen Gesamtiliquidation der noch schwebenden Fragen aus dem Weltkriege“. Um keinen Zweifel auskommen zu lassen, daß die deutsche Reichsregierung unter Gesamtiliquidierung der Kriegsfragen auch die restlose Vereinigung der Saarfrage versteht, hat Dr. Stresemann diese Auslegung in bezug auf die Saarfrage gegeben. Damit sprach er die Auffassung sämtlicher Parteien des Reichstages aus. Es hat sich inzwischen nichts geändert, was dieser Auffassung widersprechen könnte. Es erscheint aber notwendig, diese Worte Stresemanns gerade in diesem Augenblick erneut hervorzuheben, wo der erste Verhandlungsabschnitt durch eine Verhandlungspause in Paris unterbrochen wurde. Nach dem, was bisher über die Verhandlungen bekannt geworden ist, muß leider festgestellt werden, daß die französischen Unterhändler wie die französische Presse fortfahren, den Kernpunkt in der Frage der Saarrückgliederung zu verschieben.

Wie notwendig es ist, daß Deutschland an den von Dr. Stresemann aufgestellten Gesichtspunkt unter allen Umständen festhält, hat sich durch den französischen Versuch erneut bestätigt, Gefühlsmomente und wirtschaftliche Erwägungen in die Diskussion zu werfen in der Absicht, dadurch den Rechtsboden zu verschieben. Der Versailler Vertrag macht bekanntlich die Rückgabe des Saargebiets allein von dem Willen der Bevölkerung abhängig. Da dieser feststeht, erscheint es abwegig, auch nur andeutungsweise Fragen wie die einer Neutralisierung der Saargruben oder die wirtschaftliche Gestaltung des Saargebiets in Verbindung mit der Rückgliederung zu erörtern.

Vielfach ist in der Öffentlichkeit und auch von ausschlaggebenden Regierungsparteien verlangt worden, daß der Young-Plan von Deutschland nur unterzeichnet werden dürfe, wenn über die gleichzeitige Rückgliederung des Saargebiets und der Räumung der S. Zone kein Zweifel mehr besteht. Ob sich dieses Ziel reiflos wird erreichen lassen, hängt davon ab, welche Forderungen Frankreich erhebt. Das Saargebiet hat bereits zu erkennen gegeben, daß es lieber bis zum Jahre 1935 sein jetziges Schicksal weiterträgt, um dann die Fragen der Rückgliederung und des Rückkaufs der Saargruben auf Grund des Volkswillens und der Vertragsbestimmungen sicherzustellen.

Der Saarlanderrat, als Sprachrohr der Willensmeinung der Bevölkerung, hat sich angesichts der zunehmenden französischen Versuche zur Beeinflussung der großen Öffentlichkeit veranlaßt gesehen, in einer einmütig gefaßten Erklärung u. a. zu fordern: „Rückkehr des Saargebiets zum Deutschen Reich ohne jede Schmälerung, Rückgabe aller Gruben und Kohlenvorkommen an den preussischen und bayerischen Staat, Ablehnung einer Beteiligung inländischen oder ausländischen Kapitals an den Saargruben und schließlich Rückgabe der Stichbahnen der ehemaligen Reichsbahn Elsaß-Lothringens an das Deutsche Reich“. Diese letztere Forderung erscheint nicht unwichtig angesichts der Tatsache, daß diese lothringischen Bahnen nicht an der lothringisch-saarländischen Grenze ihr Ende finden, sondern auf saarländischem Boden bis Völklingen, Saarlouis usw. mit französischem Eisenbahnerpersonal weitergeführt werden.

In der Frage des Rückkaufs der Saargruben spielte in den letzten Wochen des abgelaufenen Jahres ein Plan eine Rolle, die Saargruben einer deutsch-französischen Privatgesellschaft zu übertragen. Hinter diesem Plan steht auch ein deutscher Großunternehmer, nämlich die Firma Otto Wolff. Die darüber bekannt gewordenen Einzelheiten führten schließlich zu einer Interpellation im Preussischen Landtag, wo der preussische Ministerpräsident Dr. Braun in einer formulierten Er-

Närung der preußischen Staatsregierung u. a. erklärte, daß die Staatsregierung jeden dahingehenden Versuch auf das schärfste verurteilt. Im übrigen erinnerte er an den Kabinettsbeschuß der preußischen Staatsregierung im Januar 1927, der den vollen Anspruch auf die Rückgabe der Saargruben feststellt. Dieser Anspruch Preußens wurde auch der Reichsregierung in einem Schreiben erneut zur Kenntnis gebracht, die Reichsregierung hat die Auffassung der preußischen Regierung in dieser Frage in vollem Umfange anerkannt. Damit kann also für die deutsch-saarländischen Verhandlungen wenigstens in der Grubenfrage kaum noch ein Zweifel bestehen.

Die Saarregierung.

Die Hoffnung, daß sich unter dem englischen Präsidenten Sir Ernst Wilton die Saarregierung einer neutraleren Haltung befleißigen würde, hat sich leider nicht erfüllt. Im Gegenteil, Sir Ernst Wilton hat mehr denn einmal durch seine Entscheidungen bewiesen, daß er durchaus profranzösisch eingestellt ist und sich der politischen Taktik des französischen Kommissionsmitgliedes Morize unterwirft. Das hat sich im letzten Jahre mehrfach gezeigt. In einem Prozeß wurde behauptet, daß der Polizeikommissar Mathei in Verbindung mit dem Saarbrücker obersten Polizeiverwalter Adler-Kollin die Ausweisungen einer ganzen Reihe von ihm mißliebiger Personen veranlaßt habe. In den damaligen Verhandlungen konnten die Vorwürfe nicht geklärt werden, da die Regierungskommission Herrn Kollin untersagt hatte, über diese Vorgänge auszusagen. Als schließlich die Akten vom Gericht zur Feststellung eingefordert wurden, stellte sich heraus, daß sämtliche Ausweisungsakten aus dem Kreise Ottweiler aus dem Saarregierungsgebäude in Saarbrücken verschwunden waren. Sir Ernst Wilton als Präsident der Saarregierung hat nichts unternommen, um diesen Aktenverlust aufzuklären und den Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Die profranzösische Einstellung der Saarregierung wurde auch von dem italienischen Journalisten Bingerelli ausdrücklich hervorgehoben, der in einer Artikelserie in der „Stampa“ u. a. folgendes schrieb: „Das Kompromiß der Einsetzung der Regierungskommission hat die Franzosen nicht gehindert, eine eigene direkte Aktion einzuleiten und praktisch alle Mittel anzuwenden, welche sie zur Erreichung ihres Zieles für notwendig hielten“. Auch er stellte fest, daß „die französische Aktivität sich heute auf das Warndgebiet konzentriert“. Einen besonderen Beweis für die territorialen Absichten Frankreichs im Warndgebiet sieht Bingerelli in der Tatsache, daß Frankreich die Förderschächte nicht auf saarländischem Boden, sondern unmittelbar an der saarländisch-lothringischen Grenze auf lothringischem Boden errichtet hat.

Ihre besondere Aufmerksamkeit widmet die Saarregierung auch den an der Saar zur Aufführung kommenden Filmen. So ließ sie u. a. aus einem Bildstreifen aus dem Riesensilm vom 14. Deutschen Turnfest das Schlussschloß „Herr mach uns frei!“ wegschneiden. Das von Anfang an von der Saarregierung verhängte Verbreitungsverbot für den „Saar-Freund“ wurde auch von dem Engländer Wilton aufrechterhalten. Die Saarregierung scheint der Aufklärungsarbeit des „Saarfreund“ somit doch sehr weitgehend Bedeutung beizumessen.

Es ist bekannt, daß die Saarregierung ihre Uberschüsse und Betriebsmittel französischen Banken zu ganz niedrigen Zinssätzen überläßt, während die saarländische Wirtschaft teures Geld im Ausland aufnehmen muß. Die Betreuung der französischen Bankinteressen durch die Saarregierung zeigte sich auch in der Frage der Sanierung der St. Ingberter Stadtfinanzen, die bekanntlich durch sträfliche Kreditationen des Bürgermeisters Dr. Kempff in Schwierigkeiten geraten waren. Die Regierungskommission machte ihre Sanierungshilfe davon abhängig, daß die Stadt St. Ingbert die Kreditforderungen der beiden französischen Banken Saar- und Rheinlandbank und Banque du Rhin voll anerkannte und befriedigte, was selbstverständlich von den Stadtverordneten abgelehnt wurde.

Besonders trüb tritt die Abhängigkeit der Saarregierung von Frankreich in der Frage des Militärdienstes von Saarländern in der französischen Armee hervor. Mehrfach wurden von der französischen Militärbehörde jungen Elsässer-Lothringern im Saargebiet Gestellungsbefehle zugestellt, die durch den Versailler Vertrag ohne ihr Zutun Franzosen geworden sind, inzwischen aber die preußische oder bayerische Staatsangehörigkeit erworben haben. In einer Erklärung der Regierungskommission auf eine Eingabe der Deutsch-Saarländischen Volkspartei versucht die Saarregierung ihre Untätigkeit damit entschuldigen zu können, daß ihre Zuständigkeit sich nur auf Saareinwohner deutscher

Staatsangehörigkeit beziehe. Sie hat aber keine Begründung dafür gegeben, daß sie der Tätigkeit französischer Gendarmerie als Beauftragte französischer Militärbehörden im Saargebiet keinerlei Hindernisse in den Weg legte.

In den letzten Wochen des Jahres 1929 hat die Saarregierung in zwei besonders markanten Fällen ihre Abhängigkeit von Frankreich bewiesen. Sie verbot den Kreis- und Gemeindevertretungen eine Stellungnahme zur Rückgliederungsfrage (allerdings ohne Erfolg) und sie verpflichtete erneut die Parteien des Saargebietes, der Saarregierung das öffentliche Auftreten von reichsdeutschen Politikern und Parlamentariern im Saargebiet vorher anzuzeigen!

Die Schulpolitik der Saarregierung hat an ihrer einseitigen Tendenz gleichfalls nichts verloren. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit hat die Saarregierung bestätigt, daß ihr die saarländischen Volksschulen ein Dorn im Auge sind, weil ihre gesamte deutsche Einstellung auch durch die mannigfachen Maßnahmen der Saarregierung nicht beeinflusst werden konnte. Besonders deutlich ist das in der Frage der Lehrbücherfreiheit zutage getreten. Während die französischen Schulen restlos die Lehrbücher kostenfrei stellen, hat die Saarregierung den Gemeinden unterzagt, Mittel zur kostenfreien Stellung der Lehrbücher in den deutschen Volksschulen zu bewilligen. Ein dahingehender Beschluß der Reunionser Stadtverordnetenversammlung wurde ausdrücklich von der Saarregierung beanstandet.

Die politischen Ziele, die mit der Errichtung der französischen Schulen im Saargebiet verfolgt werden, veranlaßten die politischen Parteien des Saargebietes zu einem Aufruf an die Bevölkerung, in dem diese vor einem Besuch nicht nur der französischen Schulen, sondern auch des fakultativen französischen Sprachunterrichts warnten, weil man französischerseits aus dem Besuch deutscher Kinder in französischen Schulen die Folgerung zu ziehen versuchte, im Saargebiet sei man dem französischen Annexionsgedanken günstig gesinnt.

Die Schulverwaltung der Regierungskommission beantwortete diese Warnung mit einer Anweisung an die Lehrer an den saarländischen Volksschulen, wonach diese verpflichtet seien, „an die Eltern der Kinder des 4. Schuljahres Anmeldeformulare zur Teilnahme an den fakultativen Sprachunterricht zu verteilen, wobei sie sich jeden Urteils darüber zu enthalten haben, ob das Kind auch zur Erlernung einer zweiten Sprache geistig fähig ist“.

Die französische Saargrubenverwaltung tat ein übriges und versuchte mit terroristischen Mitteln, die französischen Schulen mit deutschen Kindern zu bevölkern. Obwohl der Völkerbund seinerzeit der Saarregierung aufgetragen hatte, derartige Druckmittel zu verhindern, wurde von der Saarregierung nichts zur Abwehr unternommen. Die Saargrubenverwaltung durfte nicht nur Dienstentlassung und Wohnungskündigung androhen für den Fall, daß Kinder von saardeutschen Vergleuten nicht der französischen Schule zugeführt würden, sie durfte sogar das Verlangen stellen, daß ein Bergtechniker dem den christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verband der Techniker den Rücken lehrt. Man hat nie erfahren, wie sich der Völkerbundsrat zu diesen Vorgängen gestellt hat.

In der Streitfrage des französischen Sprachunterrichts an saarländischen Volksschulen fällt der tschechische „Unterrichtsminister“ Dr. Beczinski die ungeheuerliche Entscheidung, „daß die Weigerung der deutschen Schullehrer, den französischen Unterricht zu erteilen, als Dienstverweigerung betrachtet und mit allen gesetzlichen Mitteln geahndet werde“, d. h. mit der Dienstentlassung bedroht sei. Gegen diese Entscheidung hatte die Lehrerkammer des Saargebietes eine sehr entschiedene Entschliebung gefaßt, in welcher hervorgehoben wird, daß der französische Sprachunterricht in den saarländischen Volksschulen eine Fortsetzung der Maßnahmen der französischen Militärbehörden sei, wobei auch andere als pädagogische Gründe maßgebend gewesen seien.

Die soziale Einstellung der Saarregierung hat auch im abgelassenen Jahre keine Aenderung erfahren. Der Landesrat sah sich vielmehr mehrfach gezwungen, gegen eine Haltung der Regierungskommission Stellung zu nehmen, weil sie sich offensichtlich den Interessen des größten Arbeitgebers im Saargebiet, dem französischen Grubensystem, unterordnet. Die Regierungskommission hatte bekanntlich dem Landesrat verschiedene Verordnungsentwürfe, die sich auf die Unfallversicherung und Arbeitslosenversicherung beziehen, zugehen lassen, die keineswegs den neuzeitlichen Sozialforderungen gerecht wurden. Der Landesrat sah sich veranlaßt, die Regierungskommission darauf hinzuweisen, daß sie in den Heidelberg Verhandlungen mit der Reichsregierung die Pflicht übernommen hatte, in der sozialen Versicherung den gleichen Rechtszustand wie im Reich herzustellen. Die von der Regierungskommission vorgelegten Entwürfe wurden daher vom Landesrat

zurückgereicht, wobei man es als eine überflüssige Arbeit bezeichnete, in eine Beratung der Entwürfe überhaupt einzutreten.

Völkerbund und Saargebiet.

Der Völkerbund hatte sich im letzten Jahre mehrfach mit der Frage einer von der Saarregierung geforderten Saaranleihe zu beschäftigen. Für diese Anleihe hat sich das französische Kommissionsmitglied Morize mit besonderer Wärme eingesetzt, ein Grund mehr nachzuprüfen, welcher Anlaß für diese Anleihe vorlag. Sie wurde dem Völkerbund gegenüber damit begründet, daß für die Sicherung des Eisenbahnverkehrs die durchgehende automatische Bremse eingeführt und der Telephonbetrieb automatisiert werden sollte. Man erfuhr aber auch, daß Herr Morize die entsprechenden Aufträge lediglich französischen Firmen zukommen lassen wollte. Auf der anderen Seite entstand die Frage, wer die Bürgschaft und Ablösung der Saaranleihe übernehmen sollte nach der Rückgliederung des Saargebiets. Eine Frage, die besonders hervortrat, nachdem man erfuhr, daß Herr Morize die Anleihe in Frankreich unterzubringen gedachte. Es ist das Verdienst des verstorbenen Reichsaussenministers Dr. Stresemann, daß die Entscheidung über die Saaranleihe bisher ausgesetzt wurde. Frankreich als Anleihegeber für das Saargebiet würde die finanzielle Abhängigkeit des Saargebiets bei den Rückgliederungsverhandlungen noch stärker in den Vordergrund gestellt haben, als wie es jetzt durch die künstlich geschaffenen französischen Saarwirtschaftsinteressen schon der Fall ist. Im übrigen bestand das Interesse des Völkerbundes an den Vorgängen im Saargebiet im wesentlichsten im Gewährlassen der Saarregierung gegenüber. Der Schuß des Völkerbundes ist im Saargebiet mithin negativ empfunden worden.

Der Saarbahnschutz.

Die Saarbahnschutztruppe, wie sie vom Völkerbund zur Abwehr der französischen Saarbesatzung bestellt wurde, hat im vergangenen Jahre mehrfach in recht unangenehmer Weise von sich reden gemacht. In Ermangelung jeglicher Betätigungsmöglichkeit am allerwenigsten in der Richtung der ihm zugeordneten Aufgaben, sind von Angehörigen dieser „Schutztruppe“ zahlreiche Übergriffe zu verzeichnen gewesen, die nicht dazu angetan waren, das Ansehen dieser Fremdbesatzung zu heben. Die ungeheuerlichste Missetat von Bahnschutzangehörigen war die Vergewaltigung einer Bergmannsweibchen aus Herrensohr durch vier belgische Soldaten. Die Regierungskommission hat es nicht für nötig gehalten, ihr Bedauern über die Tat ihrer „Schützlinge“ zum Ausdruck zu bringen.

In England hat man ebenso wenig wie in Frankreich und Belgien versucht, zu verheimlichen, daß es sich bei dem Saarbahnschutz um nichts anderes als um eine fremdländische Besatzung im Völkerbundsland handelt. Hätte man das nicht von Anfang an gewußt — das französische Saarbahnschutzkontingent ist bekanntlich dem französischen Infanterieregiment 153 in Forbach angegliedert, — dann hätte man es durch die Zurückziehung des englischen Truppenkontingents bei Abzug der englischen Truppen aus der Wiesbadener Armeezone erfahren.

Französische Neutralitätsverletzungen.

Durch die Einrichtung des Saarbahnschutzes und die Zurückziehung der französischen Saarbesatzung hat der Völkerbund bekanntlich zum Ausdruck gebracht, daß das Saargebiet neutraler Boden ist und von französischen Truppen nicht betreten werden darf. Wie wenig sich Frankreich an diese Rechtslage hält, hat es durch den mehrfachen Einmarsch französischer Truppen in das Saargebiet gezeigt, die sich auf „Übungsmärschen“ befanden. Auch das im Saargebiet weiter aufrechterhaltene Werbebüro für die französische Fremdenlegion hat keinerlei Einschränkung seiner Tätigkeit erfahren. Das beweist ein Bericht der Delegation der politischen Parteien des Saargebiets an das Völkerbundssekretariat, wonach sich Anfang des abgelaufenen Jahres nicht weniger als 48 Saarländer, darunter 45 Minderjährige, in der französischen Fremdenlegion befanden. Die Aufdeckung des Weissenfelder Spionagefalles hat die Aufmerksamkeit der größten Öffentlichkeit erneut auch auf das noch immer in Saarbrücken bestehende französische Spionagebüro gelenkt. Die Saarregierung hat natürlich wegen all dieser Neutralitätsverletzungen keinerlei Schritte unternommen — der Verleher war ja Frankreich!

Französische Saarpropaganda.

Während die offiziellen Regierungsstellen Frankreichs in ihren diplomatischen Besprechungen ihren Willen zu erkennen gegeben haben, die Saarfrage im Sinne einer Gesamtliquidierung des Krieges zu bereinigen, hat das nichtoffizielle Frankreich, jedoch nicht

ganz ohne Verbindung mit amtlichen Stellen, seine propagandistische Tätigkeit zur Verschleierung der klaren Rechtslage und Neugestaltung französischer Saarforderungen im letzten Jahre mit besonderer Rührigkeit fortgesetzt. Die französische Grubenverwaltung hat dafür bekanntlich eine besondere Persönlichkeit in Herrn Hector Robert Herly gewonnen, der als „Materialverwalter“ bei der Division Hirschbach geführt wird und seine der Wahrheit und den Tatsachen widersprechenden Artikel unter dem Pseudonym Jean Rivire im Massenbetrieb herstellt und in der französischen Presse verbreitet. Ihm stehen nicht nur erhebliche finanzielle Mittel, sondern auch einflussreiche Gönner und Förderer zur Verfügung. Mit dem gleichen Ziele arbeitet die Association Francaise de la Sarre, die durch große Rundgebungen unter Förderung durch französische Behörden das französische Interesse für das Saargebiet neu zu entfachen versucht hat. Diese französische Saarvereinigung hat sich auch bemüht, der französischen Regierung und der französischen Saardelegation jenes Material zu beschaffen, das die französischen Ansprüche auf besondere Berücksichtigung der französischen Wirtschaftsinteressen im Saargebiet belegen soll.

Besonderes Interesse widmet die französische Propaganda dem Warndgebiet, von dem es offenbar hofft, daß es bei den zur Zeit laufenden deutsch-französischen Saarverhandlungen in irgendeiner Hinsicht Kompensationszwecken dienen könnte. Man glaubt offenbar, hier eine besonders verwundbare Stelle der Saarfrage vor sich zu haben, weshalb man das Gros des neuen französischen Saarangriffs gegen diesen Frontabschnitt eingesetzt hat. Man ist sogar dazu übergegangen, einen „Saarbund“, in zweiter Auflage in Gestalt des „Verbandes der Bergarbeiter des Warnd“, zu gründen, dessen Mitgliedern ähnlich wie seinerzeit den Saarbundmitgliedern, besondere Vergünstigungen bei der Einstellung und Beförderung und bei der Zuteilung von Wohnungen usw. zugesichert werden. Selbst an die Wiedererweckung eines Presseorgans hat man gedacht, wenn man es auch nicht im Saargebiet selbst herausgibt. Man läßt es in Nancy drucken und wendet sich besonders an die Bevölkerung des Saarlouiser Gebietes in der Hoffnung, vielleicht doch noch einige Eroberungen machen zu können. Es führt den Namen „Journal de Francaise de la Sarre“ und mißbraucht sogar das Stadtwappen von Saarlouis. Die Tatsache, daß man es in französischer Sprache herausgibt, läßt aber vermuten, daß man es zur Irreführung der öffentlichen Meinung in erster Linie zur Verbreitung im Auslande verwendet, das nicht in der Lage ist, nachzuprüfen, ob es sich um ein saarländisches Erzeugnis und demgemäß um eine saarländische Stimme handelt. Die Stadtverordnetenversammlung von Saarlouis sah sich daher gleich zu Anfang des abgelaufenen Jahres veranlaßt, in einer eindeutigen Erklärung festzustellen, daß es sich hier um ein Organ handelt, mit dem die Bevölkerung des Saargebiets nichts gemein hat. An den Äußerungen dieses Blattes über die Bevölkerung der Stadt Saarlouis ist kein wahres Wort.

Die Abwehr der Bevölkerung.

In Hunderten von Rundgebungen hat die Saargebietsbevölkerung durch den Landesrat, die Kreistage, die Gemeindevertretungen, durch die politischen Parteien, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen, durch Schule und Kirche auch im letzten Jahre ihren Willen bekundet, sobald wie möglich zum Deutschen Reich zurückzukehren. Alle Bestrebungen, die auf eine dauernde Abtrennung des Saargebiets vom Deutschen Reich oder auf eine Beibehaltung des jetzigen Regimes gerichtet sind, wurden auf das entschiedenste zurückgewiesen. Der sozialdemokratische Parteitag für das Saargebiet betonte in einer Entschließung, daß die politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme der Rückgliederung der Saar in das Reichsgebiet in Angriff zu nehmen sind; der heutige Zustand hindere die Teilnahme der Saar an dem wirtschaftlichen Fortschritt ihres natürlichen Absatzgebietes und an der entsprechenden Einordnung durch organische Weiterentwicklung seines Wirtschaftsbezirktes. Auf einer Bezirkskonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes wurde festgestellt, daß die auf Annexion oder Autonomisierung des Saargebiets gerichteten Bestrebungen „nicht nur unverständlich, sondern geradezu verbrecherisch seien, da sie geeignet seien, die politische Annäherung zwischen den aufeinander angewiesenen Völkern zu vergiften“.

Gelegentlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung des Versailler Diktats fand in Saarbrücken eine von sämtlichen politischen Parteien ausgegangene Riesenkundgebung der Saarbrücker Bevölkerung statt, um erneut das Bekenntnis abzulegen, das bereits die saarländischen Abgeordneten zur deutschen National-

versammlung vor aller Welt zum Ausdruck gebracht haben: „Die Bevölkerung an der Saar ist nach Abstammung, Sprache, Erziehung und Gesinnung deutsch. Die Errichtung des Saarstaates ohne Anschluß an Deutschland verstößt gegen den einmütigen Willen der Bewohner“.

Der Ruf, der nun schon über 10 Jahre von der Saarbevölkerung immer wieder erhoben worden ist, „laßt uns heim zum Deutschen Reich, wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben“ ist auch in dieser Kundgebung erneut erhoben worden. Eine damals einstimmig angenommene Entschließung appellierte an die Völker und Staatsmänner der Welt und verlangte die Rückgliederung des Saargebietes zugleich mit der Rheinlandräumung um der Gerechtigkeit und des Völkerfriedens willen.

Der Saar-Verein.

Die Geschäftsstelle Saarverein konnte im vergangenen Jahre ihr zehnjähriges Bestehen feiern. Sie ist bekanntlich die Rechtsnachfolgerin des zu Beginn des Jahres 1919 gegründeten Saargebietsschutzes, dessen Aufgabe in der ersten Protestkundgebung gegen die Vergewaltigung des Saargebietes Staatsminister a. D. Dr. Sydow u. a. wie folgt umschrieb:

„Sie kann nichts anderes tun, als durch Wort und Schrift einzutreten für die Gerechtigkeit der Sache des

Saargebietes und seiner Bevölkerung, für seine Interessen, kann versuchen, das Gewissen zu schärfen nicht nur allen Angehörigen der neutralen Staaten und, wenn es möglich ist, den Feinden.“

In der ersten Junitwoche hielt der Bund der Saar-Bereine seine 9. Jahrestagung ab, deren politische Beratungen auf das Leitwort abgestellt waren: Weg mit der Saarlüge! In einer von der Vertreterversammlung einstimmig angenommenen Entschließung wurde gegen die unlauteren Versuche Einspruch erhoben, bei der endgültigen Regelung der Saarfrage die Berücksichtigung des klaren Willens der Saargebetsbevölkerung abhängig zu machen von wirtschaftlichen Bindungen im Interesse französischer Unternehmer. Nicht französische Unternehmer hätten zu entscheiden, was der Wirtschaft im Saargebiet frommt, sondern das Volk an der Saar. Dabei sei sich dieses Volk bewußt, mit seinem Willen auch dem großen Gedanken der Völkerverjöhnung zu dienen. Im abgelaufenen Jahre hat der Saar-Verein eine neue Werbeschrift unter dem Merkwort: „Deutsch die Saar immerdar — helfst die deutsche Saar befreien“ herausgegeben und in einer Auflage von 30 000 Exemplaren vertrieben. Weiter sind die Vorarbeiten für eine Neugestaltung der Aufklärungsarbeit getroffen worden, um sofort zur Stelle sein zu können, wenn die Rückgliederung des Saargebietes feste Gestalt annehmen sollte. Er wird dabei nicht das Ziel aus dem Auge verlieren, daß das Saargebiet nicht nur politisch weitergeführt, sondern wirtschaftlich wieder in den deutschen Wirtschaftskörper eingegliedert werden muß.

Zur Wiedereingliederung der Saarkohle in die deutsche Kohlenwirtschaft

Die Rentabilität unserer Saargruben im französischen Betriebe.* / Von Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin.

Durch das Versailler Diktat ist der französische Staat bekanntlich für eine Zeitlang Besitzer der Saargruben geworden. Die Abtretung der Saargruben an Frankreich soll nach dem Friedensvertrag (Art. 45) eine Wiedergutmachung für die Zerstörung nordfranzösischer Kohlengruben im Weltkrieg sein. Die Entscheidung über das endgültige Schicksal der Saargruben hängt von dem Ausgang der Volksabstimmung im Saargebiet im Jahre 1935 ab. Fällt jene zugunsten Deutschlands aus — woran kein Zweifel besteht —, so hat Deutschland die Saargruben in Gold zurückzukaufen. Der Wert der Saargruben ist noch nicht endgültig festgestellt. Auf französischer Seite ist er mit 350 Millionen Goldmark angelegt.

Die französische Saargrubenverwaltung in Saarbrücken, die „Administration des Mines Domaniales Françaises de la Sarre“, hat am 18. Januar 1920 ihre Tätigkeit aufgenommen. Nach längerem Hin und Her hat sich der französische Staat entschlossen, die Ausbeutung der Saargruben selbst in die Hand zu nehmen und hat den von verschiedenen Seiten stark befürworteten Gedanken einer Verpachtung an Private fallen gelassen. Maßgebend für diesen Entschluß war vor allem der Gesichtspunkt, im Abstim mungsgebiet ein gewichtiges Instrument der Beeinflussung zu besitzen. Die politische Propaganda, die in Verfolg dieser Einstellung von der französischen Grubenverwaltung aufgenommen worden ist, ist unseren Lesern genügend bekannt geworden.

Vom Zeitpunkt der Uebernahme der Saargruben, d. h. von Januar 1920 an bis Ende 1928, hat Frankreich über hundert Millionen Tonnen Kohle aus den Saargruben herausgeholt.

Die in den Jahren von 1920 bis 1928 erreichte Gesamtförderung von 106 822 696 To. ergibt eine durchschnittliche Jahresförderung von 11 869 188 To. Verglichen mit dem Jahre 1913, das 13 216 000 To. ergab (nach heutiger Methode in Netto berechnet), bedeutet das ein Zurückbleiben der Förderung unter französischer Verwaltung um jährlich 1 347 000 To. gegenüber dem Friedensstand. Der Höchststand wurde im Jahre 1924 mit 14 032 000 To. erzielt. Mit dem Jahre 1927 setzte infolge chronischen Absatzmangels eine Abwärtsbewegung ein, die seitdem angehalten

hat. Die Förderung des Jahres 1928 geht mit 13 106 718 um 100 000 To. unter Vorkriegsstand herunter. Der von der französischen Verwaltung in den ersten Jahren der Ausbeute gehegte Traum, die Förderung der Saargruben innerhalb zehn Jahren auf das Doppelte zu steigern, ist an der harten Wirklichkeit zerschellt. Man hatte dabei das Absatzproblem außer acht gelassen. Man wird zufrieden sein müssen, wenn es gelingt, annähernd die Friedensförderung zu halten.

Die Kohlenpreispolitik des französischen Bergfiskus geht darauf hinaus, dem Saargebiet dank der Monopolstellung der Gruben hohe Kohlenpreise aufzuerlegen und damit die Preise für die Ausfuhr, insbesondere nach Frankreich, zu verbilligen. Die Erscheinung, daß die kohlegewinnenden Länder ihre eigenen Erzeugnisse teurer bezahlen müssen als die kohleverbrauchenden Nachbarländer, tritt im Saargebiet ganz besonders trag zutage. Der Saarkohle, insbesondere der Eisenindustrie, sind durch die Ueberspannung der Kohlenpreise große Einbußen entstanden, die teilweise bis zur völligen Lahmlegung einzelner Werke geführt haben.

Im Absatz der Saarkohle sind gegenüber früher grundlegende Umwälzungen eingetreten. Die französische Grubenverwaltung hat die alten traditionellen Absatzmärkte der Saarkohle freiwillig aufgegeben, um alle verfügbare Saarkohle nach Frankreich zu werfen. Für den Absatz nach anderen Ländern interessiert sich die französische Grubenverwaltung nur insofern, als es die überschüssige Saarkohle abzugeben gilt. Auf diese Weise sind der Saarkohle weite Absatzgebiete verlorengegangen, weil man sich dort mehr oder minder zwangsläufig auf Kohle aus anderen Revieren umstellen mußte. In ganz besonderem Maße gilt das hier Gesagte für den süddeutschen Markt, wo die Saarkohle ihre frühere beherrschende Stellung nahezu eingebüßt hat.

Dem Rückgang des Saarkohlenabsatzes im Osten steht eine — allerdings nicht im gleichen Verhältnis erfolgte — Zunahme des Absatzes im Westen gegenüber. Durch den Versailler Vertrag ist Frankreich Hauptbezieher von Saarkohle geworden. Deutschland und Frankreich haben zunächst ihre Rollen vertauscht. Frankreich nimmt aber sehr erheblich weniger Saarkohle auf, als dem Ausfall auf dem deutschen Markt entspricht. Bemerkenswerterweise ist es gerade der Absatz nach dem Saargebiet benachbarten Elsaß-Lothringen, der in der Nachkriegszeit sich rückläufig entwickelt hat.

* Nach „Die Entwicklung der Saargruben bis zur Gegenwart“ von Dr. W. Cartelliere-Saarbrücken (Heft 3 „Saarkohlewirtschaftsfragen“).

Bei annähernd gleicher Förderung 1913 und 1928 muß die dem deutschen Markt entzogene und in Frankreich nicht unterzubringende eine Million Tonnen Saarkohle im Ausland abgesetzt werden. Aber auch auf den Auslandsmärkten der Saargruben haben sich starke Verschiebungen vollzogen. Die Schweiz, früher ein traditioneller Abnehmer von Saarkohle, bezieht heute nur noch etwas über die Hälfte der früheren Mengen.

Wenn man die Begründung des Friedensdiktats zugrunde legt, daß die Saargruben an Frankreich abgetreten werden sollten, um dessen Ausfall an Kohle infolge der Zerstörung der nordfranzösischen Zechen zu decken, so müßten die Saargruben bereits seit dem Jahre 1925 an Deutschland zurückgegeben sein! Denn seit jenem Jahre hat die Förderung der nordfranzösischen Gruben den Friedensstand wieder überschritten. Die Saargruben haben die ihnen im Versailler Vertrag auferlegte Ersatzleistung bereits Ende 1925 bis auf zwei Millionen Tonnen voll erfüllt. Bis Ende 1928 haben sie dem ausbeutenden Staat weitere 40 Millionen Tonnen geliefert, die keinen Ersatz mehr für einen erlittenen Ausfall, sondern eine ungerechtfertigte Bereicherung Frankreichs darstellen. Jede weitere Belastung der Saargruben bei Frankreich ist somit hinfällig geworden.

Durch seine Abschaffpolitik erbringt Frankreich auch selbst den Beweis, daß es die Saargruben nicht mehr braucht. Sie dienen ihm nur noch als Ausgleichsventil zur Regelung seines Kohlenmarktes. Durch die stark gesteigerte Kohlenförderung der innerfranzösischen Kohlengruben wie durch das Hinzutreten der lothringischen Kohlenförderung verengt sich der Spielraum der Saarkohle in Frankreich immer mehr. Die Saarkohle in Frankreich ist auf der ganzen Linie im Rückzug.

Das finanzielle Interesse Frankreichs an den Saargruben ist natürlich sehr groß, tatsächlich sind die bisher erzielten Gewinne dank der erwähnten Kohlenpreispolitik sehr erheblich.

Die ausgeschütteten Reingewinne zuzüglich der Reservestellung betragen:

	Reingewinn in Franken	Kurs der Gold- mark in Franken	Reingewinn in Goldmark
1920	72 049 246	3,88	18 569 393
1921	70 895 812	2,98	23 790 541
1922	99 919 364	3,44	29 046 327
1923*)	35 119 312	4,43	7 927 610
1924	130 521 338	4,43	29 643 056
1925	58 228 416	6,34	9 184 293
1926	152 024 457	6,03	25 211 353

Die Rückgabe der Saargruben an Deutschland ist rechtlich eine Frage von höchstens noch sechs Jahren. Inzwischen verfolgt man einen großangelegten Plan, der darauf hinausgeht, das lothringische Kohlenbecken zu einem vollwertigen Ersatz für die Saargruben auszugestalten. Die Förderung der lothringischen Kohlengruben wird planmäßig entwickelt, die lothringische Kohlenförderung verzeichnet in der Tat eine jähe Aufwärtsentwicklung. Dazu wird das Projekt erwogen, die lothringischen Kohlengruben an den Saarkohlenkanal anzuschließen.

Die Saargruben haben sich also auf die allerschärfste Konkurrenz Lothringens gefaßt zu machen. Was aber das Problem besonders ernst gestaltet, ist der Umstand, daß gewisse Kräfte in Frankreich am Werke sind, vom Saarkohlenbecken einen Teil abzutrennen und zu Lothringen zu schlagen. Es handelt sich bekanntlich um den Grenzzipfel des Warndt, der auf drei Seiten an Lothringen grenzt und sich durch besonderen Reichtum an mächtigen Kohlenflözen, insbesondere an Fettkohle, auszeichnet. Bereits in den ersten Nachkriegsjahren ist die lothringische Bergwerksgesellschaft „Sarret-Moselle“ von ihren unmittelbar an der Grenze gelegenen Schächten aus unter der Saargrenze hinweg unterirdisch in den Warndt eingedrungen und hat dort einen umfassenden Abbau in Angriff genommen, später hat sie einen eigenen Schacht zur Ausbeutung des Warndt, den Doppelschacht Reumeau, auf der Grenzlinie selbst niedergebracht und hat sich eine Konzession von 620 Hektar, Grube Carlsbrunn genannt, im Warndt

verleihen lassen. Neuerdings ist auch die Firma de Wendel von ihren Schächten in Kleinrosseln aus auf einem unterirdischen Vorstoß ins Saargebiet begriffen und erhält ein neues Konzessionsfeld, Grube Großrosseln genannt, aus dem Warndt herausgeschnitten. Ohne auf die rechtliche oder moralische Seite dieses Vorgehens lothringischer Gesellschaften, das im Saargebiet eine tiefgreifende Erregung ausgelöst hat, eingehen zu wollen, ist festzustellen, daß gegenwärtig bereits in großem Maßstabe eine unterirdische Verschiebung von Saarkohle nach Lothringen stattfindet. Der Erfolg ist der, daß die lothringischen Gruben ihre Förderung fortgesetzt steigern, während die Saargruben Teierschichten einlegen und Massenentlassungen vornehmen. Nach allem was vorgeht, besteht kein Zweifel, daß Frankreich hier einen Dauerzustand herbeiführen, d. h. den Warndt wirtschaftlich mit Lothringen verknüpfen will, um auf Grund eines künstlich geschaffenen „Fait accompli“ später auch die politische Lösung zu fordern. Es ist bezeichnend, daß der Generaldirektor der Saargruben, Desline, selbst die Verpachtung der Kohlenfelder im Warndt als „une sorte de rectification de frontière“ bezeichnet hat. Was der Verlust des Warndt bedeuten würde, erhellt daraus, daß der Warndt die Fettkohlenreserve des Saargebietes und seiner folgenreichenden Eisenindustrie ist. Die Zukunft der Saargruben und der Eisenhütten wäre damit aufs Spiel gestellt.

Die Frage der Rentabilität der Saargruben hat in dem Kampf um das Saargebiet im Laufe der Jahre eine wechselnde Bedeutung erfahren. Bald hieß es, daß die Saargruben einen besonders hohen Gewinn abwürfen — dann nämlich, wenn man dem Lande beizubringen versuchte, daß Frankreich unter keinen Umständen auf die Saargruben verzichten dürfe —, bald jammernte man in Paris über die schlechten Rentabilitätsverhältnisse, nämlich dann, wenn die Saarbergleute versuchten, eine ihrer Arbeit entsprechende Entlohnung durchzusetzen. Es ist deshalb verdienstlich, daß durch die „Kölnische Zeitung“ einmal ein Überblick über die Geschäftsabläufe der Saargruben gegeben wird. Während das Geschäftsjahr 1927 einen Reingewinn von 23,69 Millionen Franken aufweist, schließt das Jahr 1928 trotz der Ermäßigung der Reserven um 13 Millionen Franken mit ausgeglichener Gewinn- und Verlustrechnung ab. D. h. also in Wirklichkeit, daß im Jahre 1928 mit Verlust gearbeitet worden ist. Damit ist, wie der „Köln. Zeitung“ hierzu aus Saarbrücken berichtet wird, eine bemerkenswerte Wendung in der Lage des Saarkohlenbergbaus eingetreten. In den Jahren 1920 bis 1926 wurde im Jahresdurchschnitt ein Reingewinn von 88,2 Millionen Franken beziehungsweise nach Umrechnung mit dem jeweiligen Jahresdurchschnittskurs gleich 20,5 Millionen Goldmark erzielt. Im Jahre 1926 war ein Rekordergebnis von 152 Millionen Franken gleich 25,2 Millionen Goldmark zu verzeichnen. Damals war es dem französischen Staat dank besonderer Umstände gelungen, außerordentlich hohe Summen aus dem Saarbergbau herauszuziehen. Das Jahr 1927 brachte dann einen Umschwung mit einem starken Rückgang der Gewinne; 1928 bringt den ersten Verlustabschluß. Dabei ist zu bedenken, daß sich der französische Bergwerksan der Saar noch in besonders günstiger Lage befindet. Er braucht dank der Fürsorge der Regierungskommission nur außerordentlich niedrige Steuern zu zahlen, hält die Löhne auf einem niedrigen Stand, hat erheblich geringere soziale Verpflichtungen, als dies im übrigen Deutschland der Fall ist, und schließlich wird die Monopolstellung im Saargebiet dadurch reichlich ausgenutzt, daß man im Gewinnungsgebiet der Kohle stark überseht Preise erhebt. Schließlich betreibt man den Abbau ohne Rücksicht auf die Zukunft der Saargruben. Aber es zeigt sich schon jetzt, daß man Raubbau mit gutem finanziellen Erfolg nur eine ganz kurze Zeit hindurch betreiben kann. Auch könnten die Gewinne heute noch erheblich höher sein, wenn es bei der Bergverwaltung nicht so viele Reptilienfonds gäbe, aus denen die französische Saarpropaganda gespeist wird. So weist die letzte Bilanz zum Beispiel einen Posten von nicht weniger als 53,7 Millionen Franken als Provisionen für verschiedene Zwecke aus.

Aber trotzdem liegen die Dinge heute so, daß der französische Staat nicht mehr damit rechnen kann, große Gewinne aus den Saargruben herauszuziehen, daß er im Gegenteil in Zukunft wird Zuschüsse zahlen müssen. Diese Tatsache dürfte die fran-

*) In das Jahr 1923 fiel ein hunderttägiger Bergarbeiterstreik auf den Saargruben.

zöfische Bereitwilligkeit, die Saargruben wieder abzugeben, zweifellos erhöhen, wenn auch zuzugeben ist, daß bei dieser Frage nicht die finanziellen Gesichtspunkte ausschlaggebend sind. Wenn in der Bilanz das Kapital der Gruben mit 1828 Millionen Franken gleich 300 Millionen Goldmark ausgewiesen wird, so zeigt der Vergleich mit den letzten Gewinnzahlen, daß so leicht an eine privatwirtschaftliche Rentabilität nicht mehr gedacht werden kann, besonders wenn man bedenkt, daß der künftige Grubenbesitzer nicht eine Politik wird weiterbetreiben können, die auf der einen Seite unsozial ist und auf der anderen Seite zu den Interessen der Saarindustrie in Widerspruch steht. Daraus folgt nun wiederum, daß lediglich der Staat in der Lage ist, die Aufgaben zu erfüllen, die an den künftigen Besitzer der Saargruben gestellt werden. Kein Privatunternehmer wird gewillt oder in der Lage sein, einen unrentablen Betrieb zu hohem Kaufpreis zu übernehmen. Also auch diese Zahlen beweisen nur wieder aufs neue, daß keine andere Lösung der Saargrubenfrage denkbar ist als die restlose Zurückführung in den Besitz des preussischen und bayerischen Staates.

Unter Berücksichtigung all dieser Gesichtspunkte versteht man, wenn die leitenden Herren der französischen Saargrubenverwaltung rückhaltlos ihre Auffassung dahin bekanntgeben, daß vom geschäftlichen Standpunkt aus eine Beibehaltung der Saargruben nicht zu befürworten ist. In diesen Kreisen rechnet man wohl auch am ehesten mit einer baldigen Umwandlung der Besitzverhältnisse an den Saargruben. Die Bilanzfiguren über den letzten Jahresabschluß kommen übrigens für die jetzigen deutsch-französischen Saarverhandlungen gerade rechtzeitig. Einmal ist bewiesen, daß Frankreich bei weitem nicht in der Lage ist, eine verstärkte Saargrubensförderung aufzunehmen, zum anderen kann nicht davon die Rede sein, daß Frankreich bei Aufgabe der Saargruben starke finanzielle Verluste erleide. Es bliebe somit lediglich übrig, einen Preis für den Rückkauf der Saargruben zu ermitteln, der der tatsächlichen Lage in bezug auf die technischen Verhältnisse und auf die Förderlage gerecht wird. Einen Phantastikpreis für die Saargruben zu zahlen, hat Deutschland um so weniger Anlaß, als bei gleichbleibender Abzählung Frankreich je länger, je mehr Verluste an dem Saargrubenbetrieb erleiden müßte.

Die Steuererleichterungen im Saargebiet

Wie bereits mitgeteilt, beabsichtigt die Regierungs-Kommission des Saargebiets in ihrem Verwaltungsbezirk eine Senkung der Steuern durchzuführen, die praktisch durch die Stundung der am 15. November fällig gewesenen 4. vierteljährlichen Vorschußzahlung, deren späterer völliger Wegfall in Aussicht genommen ist, bereits in Wirkung gesetzt wurde. Diese Steuererleichterung soll die steuerlichen Ungerechtigkeiten und Härten, die infolge der Frankeninflation in den saarländischen Steuertarifen sich herausgebildet haben, beseitigen. Wie die Regierungs-Kommission in den neuen, dem saarländischen Landesrat zur Begutachtung unterbreiteten Steuerverordnungs-Entwürfen selbst zugibt, haben die progressiv gestaffelten Tarife der Einkommen-, Vermögens- und Gewerbesteuer infolge der Frankeninflation eine viel stärkere Belastung der Steuerzahler herbeigeführt, als dies bei der Festsetzung der Tarife beabsichtigt war, da die 50prozentige Verschlechterung des Franken von Juli 1923 bis zu seiner Stabilisierung in den Staffelsätzen nicht mit berücksichtigt werden konnte. Die politischen Parteien und die wirtschaftlichen Organisationen im Saargebiet haben denn auch schon seit mehreren Jahren immer wieder auf diese Ungerechtigkeiten und Härten hingewiesen und eine Ermäßigung der Einkommen- und Gewerbesteuer sowie einen Abbau der nicht mehr zeitgemäßen Umsatzsteuer beantragt, ohne indeß bei der Regierungs-Kommission ein Entgegenkommen zu finden.

Die Regierungs-Kommission begründet jetzt die Verzögerung der Steuererleichterung mit dem Hinweis, daß sie zunächst die Stabilisierung der gesetzlichen Währung (des französischen Franken) abwarten müssen, die erst im Juni vergangenen Jahres endgültig geworden sei, und daß sie weiterhin auch die Auswirkung des deutsch-französischen Handelsvertrages auf die Zolleinnahmen nach einer längeren Erfahrungsdauer mit in Anschlag bringen mußte. Den jährlichen Steuerausfall infolge der jetzt geplanten Steuererleichterungen schätzt die Regierungs-Kommission auf ungefähr 30 Millionen Franken. Er soll von der Landeskasse im vollen Umfange getragen werden. Im einzelnen sind folgende Steuererleichterungen vorgesehen: Bei der Einkommensteuer soll der Lohnsteuersatz von 6 v. H. auf 5 v. H. und die Tariffähigkeit für natürliche Personen herabgesetzt werden, um der verminderten Kaufkraft des Franken Rechnung zu tragen. Der Tarif beginnt mit einem Satze von 1,8 v. H. und steigt stetig bis auf 2 v. H. bei Einkommen bis 6000 Franken, dann etwas rascher bis 4 v. H. für Einkommen bis zu 17000 Franken und erreicht bei Einkommen von 600000 Franken ab den Höchstsatz von 11 v. H. Die Gewerbesteuer sieht Senkungen von $\frac{1}{2}$ v. H. bis $\frac{3}{4}$ v. H. vor, hält aber an der bekämpften Besteuerung des Ertrages fest. Die Hoffnungen auf einen endlichen Abbau der Umsatzsteuer und die Beseitigung der Luxussteuer bleiben in dem Reformprogramm leider wieder unerfüllt. Hier wird lediglich der Anteil der Gemeinden von 37,5 v. H. auf 56 v. H. erhöht, um den Ausfall bei der Einkommen- und Gewerbesteuer auszugleichen.

Die Umsatzsteuer ist im Saargebiet mehr als das Doppelte so hoch wie im Reiche, sie beträgt 1,8 v. H. gegenüber 0,75 v. H. im Reiche. Hinzu kommt hier noch die nach französischem Muster geregelte Luxussteuer. Weitere Steuererleichterungen sind vorgesehen für Geldumsätze vor 6 v. H. auf 3 v. H. — hier hat die Regierungs-Kommission auf die von ihr selbst erkannte Begünstigung der Kapitalabwanderung infolge dieser Steuer keine Rücksicht genommen — und f. r. den Wechselstempel.

Wie aus der Stellungnahme der hier interessierten Kreise zu ersehen ist, werden auch durch die Steuerreform eine Reihe von steuerlichen Ungerechtigkeiten und Härten im Saargebiet nicht aus dem Wege geräumt, so z. B. die doppelte Belastung der Erträge aus Kapitalien, die schon im Reiche der 10prozentigen Kapitalertragssteuer unterliegen und hier nochmals versteuert werden müssen, sowie die ungebührlich hohe Veranlagung von Grundstücken zur Vermögenssteuer.

300 Millionen bei französischen Banken aufgeschlüsselt!

Der Begutachtung der Steuererleichterungs-Verordnungen der Regierungs-Kommission durch den Landesrat ging eine Beratung in den zuständigen Ausschüssen voraus. Man bemängelte dabei vor allem die verspätete Unterbreitung der Vorlagen, wodurch der Landesrat gezwungen wurde, seine Beratung in übermäßig kurzer Zeit abzuschließen, um vor allem die Senkung der Lohnsteuer schon vom 1. Januar ab wirksam werden zu lassen. In der Sitzung des Landesrats vom 20. Juni war der Antrag an die Regierungs-Kommission gerichtet worden, ihm eine Übersicht über die von der Regierungs-Kommission angesammelten Fonds und über die Art ihrer Anlage zuzuleiten. Die Regierungs-Kommission hat die Beantwortung dieser ihr sehr peinlichen Frage indeß abgelehnt mit der Begründung, daß es angeblich in keinem Lande üblich sei, über Kassenbestand und innere Kassenverwaltung solche Auskünfte zu erteilen. Ueber die Soll-Beträge des Steueraufkommens für 1928 ist dem Landesrat nunmehr eine Übersicht gegeben worden. Danach beträgt die staatlich veranlagte Einkommensteuer der natürlichen Personen für 1928 insgesamt 43 968 450 Franken, die Kommunen erhalten durch den Zuschlag von 160 Prozent 70 049 520 Franken, die staatlich veranlagte Gewerbesteuer beträgt für die Gemeinden 34 489 566 Franken, die Lohnsteuer ist veranschlagt mit 61 199 787 Franken, die Gesamt-Umsatzsteuer einnahme beträgt 94 288 832 Franken, hiervon entfallen auf die Gemeinden 33 893 235 Franken. An die Regierungs-Kommission soll die Frage gerichtet werden, wie hoch das Gesamt-Einkommen der Umsatzsteuer für 1928 gewesen ist, und welcher Anteil davon je auf den Handel, das Gewerbe und den Bergbau entfällt. Weiter soll der Landesrat seine Anfrage an die Regierungs-Kommission nach dem Stande der angesammelten Fonds und die Art ihrer Verwaltung wiederholen, um eine zuverlässige Unterlage für die Beurteilung der Steuer-

senkungsmöglichkeiten zu gewinnen. Weiterhin wird ein Ueberblick über die Verschuldung der saarländischen Gemeinden erbeten. Zu den einzelnen Vorlagen der Regierungs-Kommission werden verschiedene Verbesserungs-Vorschläge gemacht.

Bei der Begutachtung der Vorlagen durch den Landesrat selbst stellten sich die Redner der einzelnen Parteien auf den Standpunkt, daß die Steuererleichterung der Regierungs-Kommission nicht etwa als ein Geschenk derselben an die Saarbevölkerung zu betrachten sei, sie stelle vielmehr nur eine teilweise Wiedergutmachung eines jahrelang geübten Steuerunrechts dar, und zweifellos spielten hierbei auch noch politische Gründe mit, um im gegenwärtigen Zeitpunkt der Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebiets nach außen den Anschein zu erwecken, daß im Saargebiet die Steuern niedriger seien als im Reiche und anderwärts. Nach der Art aber, wie im Saargebiet die Steuerverteilung sich auswirken müsse, könne wohl mit Bestimmtheit behauptet werden, daß die Steuerlast für den einzelnen im Saargebiet weit drückender sei als in Frankreich und selbst im Reiche. Hingewiesen werden müsse hierbei auch wieder auf das mit der französischen Bergverwaltung getroffene Steuerabkommen, denn Tatsache sei es, daß das Saargebiet bei der Vereinbarung, die der französische Beamte Labié mit der französischen Regierung in deren einseitigen Interesse zustande gebracht habe, sehr stark belastet wurde, und daß infolgedessen die Beträge, die durch dieses für Frankreich sehr vorteilhafte Abkommen dem saarländischen Haushalt vorenthalten werden, auf das Steuerjoll der Saarbevölkerung drücken. An den Staatskommissar der Regierungs-Kommission wandte man sich daher erneut mit der Frage, ob inzwischen Verhandlungen mit dem französischen Staate angeknüpft worden seien, um den französischen Bergfiskus zu den Lasten des saarländischen Haushalts in angemessener Weise heranzuziehen und diese einseitige Steuerbegünstigung zum Nachteil des Saargebiets aus der Welt zu schaffen. Lebhaft kritisiert wurde auch, daß die Regierungs-Kommission die Umsatzsteuer in der alten Höhe belassen und die Luxussteuer beibehalten wissen wolle. Das ganze Steuergebarren der Saarregierung verrate das französische Vorbild. Man hätte erwarten dürfen, daß die Umsatzsteuer, die mit 1,6 Prozent mehr als das Doppelte wie im Reiche betrage, zum mindesten auf den deutschen Satz von 0,75 Prozent gelenkt worden wäre, und daß die Luxussteuer, die in Frankreich über den Rahmen des Luxus hinausgreife, beseitigt worden wäre. Im Sinne einer Erleichterung der doch kommenden Rückgliederung des Saargebiets zum Reiche hätte sich die Regierungs-Kommission bei ihrer Steuererleichterung auch mehr dem deutschen Vorbilde anpassen müssen.

Wiederholt wurde im Plenum des Landesrats ein Nachweis über die von der Regierungs-Kommission angesammelten Fonds verlangt und die Frage aufgeworfen, ob es richtig sei, daß die Regierungs-Kommission ihre flüssigen Gelder noch immer zum größten Teile bei französischen Banken zu dem außerordentlich mäßigen Zinssatz von nur 3 Prozent anlege, während diese Banken die Gelder außerhalb des Saargebiets zu 8 bis 9 Prozent weiterverleihen und erhebliche Zinsgewinne auf Kosten des Saargebiets einstecken. Bekomme man auf diese Fragen wieder keine Antwort, so müsse es als erwiesen betrachtet werden, daß die Regierungs-Kommission ein großes Unrecht gegenüber der Saarbevölkerung begehe, diese aus den Steuergeldern der Saarbevölkerung aufgespeicherten Mittel nicht den Kommunen des Saargebiets zur Verfügung gestellt zu haben. Nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen müsse man annehmen, daß die Fonds gegenwärtig rund 300 Millionen Franken betragen. Das beweise aber, daß hier jährlich 50 Millionen Franken Steuern zu viel erhoben worden seien, und daß, wenn die Regierungs-Kommission jetzt die Steuern um rund 30 Millionen Franken senken wolle, noch immer um 20 Millionen Franken an Steuern zu viel erhoben würden. Es sei daher zu verlangen, die Fonds um mindestens 100 Millionen Franken zu vermindern und hieraus den Gemeinden die Mittel zu einer wirklich produktiven Erwerbslosenfürsorge und zur Abdeckung ihrer kurzfristigen Anleihen zur Verfügung zu stellen. Weiterhin könne aber die Regierungs-Kommission auch die Mittel zur Durchführung von Aufgaben zur Verfügung stellen, die aus der gescheiterten Saarleihe finanziert werden sollten. Erst wenn die Regierungs-Kommission diesen Ratschlägen des Landesrats folge, werde man ihr für ihren doch baldigen Abgang ein Zeugnis ausstellen können, das, wie das Landesratsmitglied Schmelzer ironisch bemerkte, etwa lauten könne: „Ihre Leistungen waren im allgemeinen mangelhaft, zum Schluß etwas besser, trotzdem steht ihrem Abgange nichts im Wege und wir wünschen ihren Mitgliedern Wohlergehen, jedoch fern vom Saargebiet in ihrem eigenen Lande.“

Das entspricht gewiß auch dem Wunsche der gesamten Saarbevölkerung! Der Staatskommissar sagte zum Schluß der Sitzung noch zu, die im Verlaufe der Aussprache gestellten Anfragen an die Regierungs-Kommission weiter zu leiten. Die in der Kommissionsberatung beschlossenen Verbesserungsvorschläge zu den Steuervorlagen wurden auch vom Plenum gutgeheißen und der Präsident Scheuer schloß darauf die letzte diesjährige Sitzung, indem er den Mitgliedern des Landesrats ein frohes Fest und ein glückliches neues Jahr wünschte.

—r.

Eine überflüssige Verordnung oder im Saargebiet nichts Neues!

Von Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin.

Herr Heimburger, Direktor des Innern und des Kabinetts der Regierungs-Kommission, scheint wieder einmal das Bedürfnis zu haben, von sich reden zu machen. Wie bekannt geworden ist, hat er vor kurzem das folgende Schreiben an die Vorstände der politischen Parteien im Saargebiet gerichtet:

Es ist in letzter Zeit des öfteren, besonders anlässlich der letzten Kreis- und Gemeindevahlen festgestellt worden, daß nichtsaarländische Redner an öffentlichen Versammlungen teilgenommen haben und als Redner aufgetreten sind, ohne daß die gemäß Paragraph 1 der Verordnung der Regierungs-Kommission vom 25. Mai 1927 (Amtsblatt 1927 Nr. 21) erforderliche Genehmigung zur Einreise in das Saargebiet nachgesucht worden war.

Ich bitte Sie, mir bestätigen zu wollen, daß seitens Ihrer Partei in zukünftigen Fällen die Bestimmungen der vorgenannten Verordnung Beachtung finden.

Der Direktor des Innern und des Kabinetts:
gez. Heimburger.

Es ist ganz zweifellos, daß diese Ausgrabung einer unnützen Verordnung der Regierungs-Kommission aus dem Jahre 1927, die man besser in der Versenkung hätte ruhen lassen sollen, auf die offenen, mannhaften Worte zurückzuführen ist, die Prälat Dr. Kaas hier in Saarbrücken in bezug auf die Verhandlungen über die Lösung der Saarfrage auch an die Adresse Frankreichs gerichtet hat, und die in Frankreich ein recht unwilliges Echo gefunden haben. Es liegt daher die Annahme nahe, daß das „Kabinetts des Innern“ sich verpflichtet fühlte, zu bekunden, daß es „ähnlichen Kundgebungen“ vorzubeugen gedenkt, und auf derselben Linie liegt ja auch der kläglich gescheiterte Versuch des Präsidenten Wilson (wir berichten darüber noch an anderer Stelle), den Gemeinde- und Kreistagsvertretungen öffentliche Erklärungen für die Rückgliederung zum Reiche zu unterbinden. Dies „feinfühliges Verständnis“ für französisches Empfinden zeugt gerade nicht von einer „Neutralität“, die nach allen Seiten mit demselben Maße zu messen hat. Wir sehen vielmehr in der Regierungs-Kommission noch immer die Kräfte am Werke, die ganz offenkundig im Pariser Fahrwasser schwimmen. Einstweilen deuten ja auch noch keine Anzeichen darauf hin, daß es mit der Rückgliederung wirklich Ernst

wird, und da kann, meint man an gewissen Stellen, ein Rückfall in die alten Methoden, das Saargebiet möglichst vom Reiche abzusperrten, nicht schaden. Es werden aber auch andere Zeiten kommen. Wie die Dinge aber auch laufen mögen, die Saarbevölkerung wird sich ihr Recht auf ein offenes und freimütiges Bekenntnis zum Reiche nicht mehr beschneiden lassen. Diese Erkenntnis sollte eigentlich auch in den Amtsstuben der Regierungskommission schließlich aufdämmern.

Es wäre jedenfalls an der Zeit, daß diese von allen Parteien des Saargebiets für überflüssig gehaltene Verordnung vom Jahre 1927 endlich zurückgezogen wird. Es mutet sehr nach kolonialen Zuständen an, wenn deutsche Bürger erst eine besondere Erlaubnis benötigen, zu ihren Landsleuten an der Saar sprechen zu dürfen.

Doch wie steht es denn im Saargebiet? Dort gibt's nichts Neues!

Seit dem Rücktritt des Belgiers Lambert und seiner Ersetzung durch den Neutralen Ehrnrooth, einem Vertreter Finnlands, war scheinbar der Anlaß gegeben, von einer „neutralen“ Zusammensetzung der Regierungskommission zu reden. Hatte doch der neue englische Präsident Wilton bei seinem im Jahre 1927 erfolgten Amtsantritt der Saarbevölkerung versprochen, sich von dem englischen Grundsatz vom „fair play“ leiten zu lassen. Ein Mann, ein Wort, sollte man meinen. Aber trotz des numerischen Unterliegens der jahrelang aufrechterhaltenen französischen Mehrheit in der Regierungskommission scheint der Nachfolger Kaults als französischer Vertreter in der Kommission, Herr Morize, trotzdem er die Würde als Präsident nicht erlangen konnte, von seinem maßgebenden Einfluß nichts eingebüßt zu haben. Wie sollte man es sich sonst erklären, daß bei einem wirklich neutralen Mehrheitswillen französische Interessen wie bisher vor der Wohlfahrt der Saarbevölkerung offenkundig den Vorrang genießen? Wir weisen nur hin

auf das weiterbestehende Unrecht der steuerlichen Bevorzugung des französischen Grubenfiskus, auf die Bevorzugung französischer Banken bei der Anlage flüssiger Mittel der Regierungs-Kommission, auf die möglichste Eindämmung sozialpolitischer Maßnahmen im Interesse des französischen Grubenfiskus, auf die Förderung des französischen Schulwesens und ähnlicher Erscheinungen, die sich mit dem englischen Grundsatz vom „fair play“ wirklich nicht vereinbaren lassen. Die politische Mundtotmachung der Bevölkerung ist die alte geblieben, die Gutachten des Landesrats verfallen weiterhin dem Schicksal der Nichtbeachtung, und Wünsche und Forderungen der politischen Parteien werden nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Wie reimt sich das mit der Zusage einer weitgehenden Berücksichtigung der vom Landesrat geäußerten Wünsche zusammen? Die alte Kolonialverwaltung, die ein Kault im Saargebiet errichtet hat, bleibt bestehen. Die Saarbevölkerung darf oder richtiger muß unentwegt hohe Steuern zahlen, was mit den gewaltigen Steuersummen aber geschieht, darüber hat kein Saarländer Rechenschaft zu verlangen. Nicht einmal die berüchtigte Noterlassverordnung hat der englische Präsident außer Kraft gesetzt und keinen Anstoß daran genommen, sich ihrer gegenüber der Presse zu bedienen. An der politischen Entmündigung des deutschen Volkes teiles an der Saar hat sich nichts geändert, nichts geändert an sich an der Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechtes des Saarvolkes, zum Reiche wieder zurückzukehren, nichts geändert an der finanziellen Ausbeutung des Saargebiets zugunsten französischer Interessen trotz der offensichtlichen Erfüllung der Reparationsleistung, die zur Abtrennung des Saargebiets vom Reiche den rein äußerlichen Anlaß bot. Auch der neue englische Präsident findet nicht die Kraft und den Willen, die Richtlinien für die Regierungskommission, nur die Wohlfahrt der Saarbevölkerung im Auge zu haben, zur Geltung zu bringen.

Kundgebungen für die Rückgliederung im Saargebiet.

Ein Plakat für den Präsidenten Wilton.

Zu einem vollen Mißerfolg hat sich für den Präsidenten der Regierungskommission, Herrn Wilton, seine Maßnahme ausgewirkt, den Kreis- und Gemeindevertretungen die Kundgebungen für die Rückgliederung zum Reiche zu unterbinden. Was wir vorausgesetzt haben, daß der Schritt des Präsidenten einen Schlag ins Wasser bedeuten würde, ist eingetroffen. Man kümmert sich nicht im geringsten um die Auffassung des Präsidenten und man läßt sich das Recht, offen den Willen zur Rückkehr zum Reiche zu bekennen, nicht beschränken. Es war ein völliges Verkennen der Volksseele im Saargebiet, und die Kluft zwischen einer ohne jede innere Zühlungnahme zur Bevölkerung stehenden Fremdherrschaft und der Bevölkerung selbst konnte sich nicht schroffer aufstun, als es hier geschehen ist. Präsident Wilton mag sich bei seinem Ratgeber, der ihm hier zur Seite gestanden, bedanken, daß ihm hier offen vor aller Welt bedeutet wurde, wie gering man seine Auffassung einschätzt, daß die Kundgebungen aus dem Saargebiet der Saarfrage doch nicht zu dienen geeignet sei. Das mag der Präsident nur ruhig der Saarbevölkerung selbst überlassen, die eine andere Erfahrung auf diesem Gebiet hat, als der „höchste Verwaltungsbeamte des Völkerbundes im Saargebiet“. Er mag es auch mit sich selber ausmachen, ob er mit dem Versuche, diese Kundgebungen einer um ihre nationale Zugehörigkeit ringenden deutschen Bevölkerung zu unterbinden, dem Ansehen seines eigenen Landes gedient hat. Im Saargebiet selbst hat er jedenfalls die gebührende Antwort erhalten, denn der Wille der Saarbevölkerung, „deutsch nun erst recht!“, wird ihm durch immer weitere Kundgebungen, die sich über seine Maßnahme hinwegsetzen, wohl zum Bewußtsein gebracht worden sein. Durch den Schritt des Präsidenten haben diese Kundgebungen ein historisches Gepräge erhalten, und wir fühlen uns verpflichtet, sie an dieser Stelle für die Zukunft festzustellen.

Nachdem der Kreistag Saarbrücken-Land und der Kreistag St. Wendel Kundgebungen für die Rückgliederung beschlossen haben, sind nun auch die Kreistage von Ottweiler und Saarlouis auf diesem Wege gefolgt. Die Entschließung des Kreistages Ottweiler lautet:

„Der Kreistag Ottweiler schließt sich in der Frage der Rückgliederung vollinhaltlich der Entschließung an, die der Landesrat in seiner Sitzung vom 4. Dezember 1929 angenommen hat.

Insbefondere fordert der Kreistag, daß

1. das ganze Saargebiet restlos zum deutschen Staatsverband zurückgeführt wird;
2. alle Gruben und Kohlenvorkommen dem preußischen und bayerischen Staat zurückgegeben werden;
3. eine Beteiligung inländischen oder ausländischen Privatkapitals an den Gruben des Saargebiets ausgeschlossen bleibt;
4. daß die Stichbahnen der ehemaligen Reichsbahn Elsaß-Lothringen zurück in den Besitz des Deutschen Reiches gelangen.“

In der letzten Sitzung des Kreistages Saarlouis trat der Landrat Dr. Arweiler vorübergehend von dem Vorsitz zurück, um die Annahme folgender Entschließung zu ermöglichen:

„Der Kreistag Saarlouis stimmt in der Frage der Rückgliederung an das Deutsche Reich der Entschließung zu, die der Landesrat in seiner Sitzung vom 4. Dezember 1929 gefaßt hat. Er gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Rückgliederungsverhandlungen, die in Paris begonnen haben, recht bald zu einer uneingeschränkten wirtschaftlichen und politischen Wiedervereinigung mit dem Deutschen Vaterlande führen werden.“

In der ersten Sitzung des Kreistages St. Ingbert wies das Kreistagsmitglied Redakteur Scheuer darauf hin, daß der Erfolg der gemeinsamen Arbeit zum Wohle des Bezirks und seiner Bevölkerung sehr wesentlich von stabilen und gesicherten Verhältnissen des Saargebiets abhängt. Hieran fehlt es uns seit unserer Abtrennung vom Mutterlande und deshalb verbinden wir mit der Versicherung unserer Bereitwilligkeit zur gemeinsamen Arbeit den aufrichtigen Wunsch, daß die im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich auf dem Boden der hinlänglich bekannten Forderungen der Saargebietsbevölkerung recht bald zu einem befriedigenden Ergebnis führten, das insbesondere auch uns Saarpfälzer wieder ungeteilt und ungeschmälert mit Pfalz und Bayern verbindet.

Damit haben nunmehr sämtliche Kreistags-Vertretungen im Saargebiet Rundgebungen für die Rückgliederung zum Reiche beschlossen.

Weiter liegen noch aus einer ganzen Anzahl von Gemeinden des Saargebietes Entschlüsse für die Rückgliederung vor. In Dudweiler brachte vor Eintritt in die Tagesordnung August Hey (Komm.) eine Erklärung zur Verlesung, die sich unter anderen Forderungen in der Hauptsache für die Rückgliederung des Saargebietes an das Reich ausspricht.

Im Auftrag der Zentrums-Partei, der Deutsch-Saarländischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei gab das Mitglied Schreiner folgende gemeinsame Erklärung ab:

„Zeitungs- und Nachrichten aus der letzten Zeit zufolge hat der Herr Präsident der Regierungskommission des Saargebietes den Landräten und Bürgermeistern verboten, in den Gemeindeparlamenten Entschlüsse und Abstimmungen über die Rückgliederung des Saargebietes zum deutschen Mutterland zuzulassen.“

Wir haben nicht die Absicht, uns unsere gesetzlichen Rechte von der Regierungskommission irgendwie beschneiden zu lassen, und werden die Wünsche und Meinungen der fast 26 000 Seelen großen Gemeinde Dudweiler auch weiterhin freimütig und öffentlich in der hierzu berufenen Gemeindevertretung zum Ausdruck bringen.

Um jedoch unseren Bürgermeister Jost vor einem zweiten ungerechten Verweis seitens des Präsidenten der Regierungskommission zu schützen, geben wir unter Verzicht auf Aussprache und Abstimmung nachstehende Erklärung hiermit öffentlich zum Protokoll der Gemeindevertretung:

„Wir stimmen einmütig dem Mehrheitspartei-Beschluß des Landesrates vom 4. Dezember 1929 betreffend die Rückgliederung des Saargebietes zum deutschen Mutterlande in allen Teilen zu.“

Wir erwarten eine gänzlich uneingeschränkte Rückgabe der Saargruben an die früheren Besitzer, ferner eine bedingungslose wirtschaftliche und politische Wiedereinverleibung des Saargebietes in den deutschen Staatsverband.“

Beide Erklärungen wurden dem Vorsitzenden zu Protokoll übergeben, ohne daß darüber eine Abstimmung vorgenommen wurde. Der Vorsitzende hatte erklärt, daß er eine Abstimmung nicht zulassen könne, da die Regierungskommission eine Abstimmung über diese Angelegenheit verboten habe.

Es ist jedenfalls sehr erfreulich, daß die Saarbevölkerung es einheitlich ablehnt, sich in ihrem Willen zur Befundung ihres Deutschtums in Entschlüssen vor aller Öffentlichkeit herabsetzen zu lassen! Der Engländer, Präsident Wilson, hat mit seinem Vorgehen einen argen Mißgriff getan und seinem Ansehen damit keineswegs genügt!

„Zeitungs- und Nachrichten aus der letzten Zeit zufolge hat der Herr Präsident der Regierungskommission des Saargebietes den Landräten und Bürgermeistern verboten, in den Gemeindeparlamenten Entschlüsse und Abstimmungen über die Rückgliederung des Saargebietes zum deutschen Mutterland zuzulassen.“

Wir haben nicht die Absicht, uns unsere gesetzlichen Rechte von der Regierungskommission irgendwie beschneiden zu lassen und werden die Wünsche und Meinungen der fast 26 000

Seelen großen Gemeinde Dudweiler auch weiterhin freimütig und öffentlich in der hierzu berufenen Gemeindevertretung zum Ausdruck bringen.

Um jedoch unseren Bürgermeister Jost vor einem zweiten ungerechten Verweis seitens des Präsidenten der Regierungskommission zu schützen, geben wir unter Verzicht auf Aussprache und Abstimmung nachstehende Erklärung hiermit öffentlich zum Protokoll der Gemeindevertretung:

„Wir stimmen einmütig dem Mehrheitspartei-Beschluß des Landesrates vom 4. Dezember 1929 betreffend die Rückgliederung des Saargebietes zum deutschen Mutterlande in allen Teilen zu.“

Wir erwarten eine gänzlich uneingeschränkte Rückgabe der Saargruben an die früheren Besitzer, ferner eine bedingungslose wirtschaftliche und politische Wiedereinverleibung des Saargebietes in den deutschen Staatsverband.“

Beide Erklärungen wurden dem Vorsitzenden zu Protokoll übergeben, ohne daß darüber eine Abstimmung vorgenommen wurde. Der Vorsitzende hatte erklärt, daß er eine Abstimmung nicht zulassen könne, da die Regierungskommission eine Abstimmung über diese Angelegenheit verboten habe.

Der Gemeinderat von Eppelborn faßte folgende Entschlüsse: „Der Gemeinderat Eppelborn betrachtet sich auf Grund des § 61 der Rheinischen Landgemeindeordnung für berechtigt und verpflichtet, zur Frage der Rückgliederung des Saargebietes Stellung zu nehmen. Er macht sich einstimmig und ohne Vorbehalt die Resolution des Landesrates vom 4. Dezember zu eigen, die die Forderungen des Saarkvolkes zusammenfaßt, auf deren Erfüllung bei den Rückgliederungsverhandlungen es unbedingt bestehen muß.“

Im Gemeinderat von Cols wurde folgende Entschlüsse angenommen: „Wir billigen das Vorgehen des Landesrates und stimmen der in der Rückgliederung zum Deutschen Reiche gefaßten Resolution vollinhaltlich zu.“ Dieser Erklärung stimmten alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, zu.

Trotz des Verbots der Regierungskommission hat auch der Gemeinderat von Fenne-Fürstenhausen (gegen den pflichtgemäß erhobenen Einspruch des Bürgermeisters Jansen) einstimmig eine Erklärung zur Rückgliederung des Saargebietes angenommen, in der mit Genugtuung auf die vor wenigen Tagen erfolgte Befreiung weiteren rheinischen Gebiets hingewiesen und die befreiten Brüder und Schwestern aufs herzlichste beglückwünscht werden. Es wird dann die sehnliche Hoffnung auf baldigen Wiederanschluß des ganzen Saargebietes an das deutsche Vaterland ausgedrückt, die restlose Rückgabe der Gruben an Preußen und Bayern und die Regelung aller übrigen Fragen im Interesse eines wirklichen Friedens gefordert. — Diese einstimmig gefaßte Entschlüsse ist um so bemerkenswerter, als von französischer Seite gerade in diesen Ortschaften an der lothringischen Grenze alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Will man in Paris bei den Verhandlungen über die Lösung der Saarfrage nicht den Grundsatz von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker öffentlich mißachten, dann kann man an diesen Willensfundgebungen der Saarbevölkerung nicht achtlos vorübergehen. Wiederum hat die Saar vor aller Welt bekundet, daß sie heim zum Reiche will, und diesem einheitlichen Willen haben sich die sonstigen Belange, um die in Paris geistelt wird, unterzuordnen. — r.

Vom deutsch-saarländischen Warenaustausch

Nach der jetzt vorliegenden Reichsstatistik über den auswärtigen Handel Deutschlands in der Zeit von Januar bis einschließlich September — drei Vierteljahre — 1929 zeigt der deutsch-saarländische Warenaustausch im genannten Zeitraum der Menge und dem Werte nach eine Ausfuhr saarländischer Erzeugnisse nach dem Reiche von 18 113 216 dz (19 315 543 dz im gleichen Zeitraum des Vorjahres) im Werte von 154 706 000 M. (165 148 000 M.). Gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres ist danach im Jahre 1929 die saarländische Ausfuhr nach dem Reiche um 1 418 320 dz = 7,2 v. H. der Menge nach und um 10 422 000 M. = 6,3 v. H. dem Werte nach zurückgegangen. Die Einfuhr aus dem Reiche in das Saargebiet stieg dagegen von 8 621 172 dz Januar-September 1928 auf

9 926 623 dz (+ 1 305 551 dz) und dem Werte nach von 80 456 000 M. auf 102 547 000 M. (+ 22 091 000 M.) in diesem Jahre.

Die saarländische Ausfuhr nach dem Reiche stellt sich wie folgt zusammen:

1. Lebende Tiere	724 dz,	Wert	93 000 M.
2. Lebensmittel u. Getränke	15 490 dz,	Wert	594 000 M.
3. Rohstoffe, halbf. Waren	12 298 173 dz,	Wert	44 845 000 M.
4. Fertige Waren	5 798 829 dz,	Wert	109 174 000 M.
	18 113 216 dz,	Wert	154 706 000 M.

Der Rückgang in der saarländischen Ausfuhr macht sich am schärfsten bei den fertigen Waren bemerkbar; hier bleibt die Ausfuhr Januar-September 1929 um 470 906 dz der Menge nach

und um 8 582 000 M. dem Werte nach gegenüber dem Vorjahre zurück. Die Ausfuhr von Eisenwaren ist um 385 394 dz und im Werte um 2 338 000 M. gesunken, Ton- und Porzellanwaren verzeichnen einen Rückgang um 63 405 dz im Werte von 3 987 000 M., die Glaswaren von 12 540 dz im Werte von 716 000 M. Bei den Rohstoffen und halbfertigen Waren beträgt der Rückgang 945 413 dz im Werte von 1 521 000 M. An Steinkohlen bezog das Reich vom Januar bis September 882 494 t im Werte von 20 090 000 M. gegen 956 538 t im Werte von 24 579 000 M. im Vorjahr. Die Ausfuhr an lebenden Tieren ist um 1307 dz im Werte von 369 000 M. zurückgegangen. Eine Zunahme weist lediglich die Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken auf, die gegen das Vorjahr um 2302 dz im Werte von 47 000 M. gestiegen ist.

Die Einfuhr aus dem Reiche in das Saargebiet umfaßt:

1. Lebende Tiere	10 090 dz, Wert	1 443 000 M.
2. Lebensmittel, Getränke	334 572 dz, Wert	11 022 000 M.
3. Rohstoffe, halbf. Waren	9 162 562 dz, Wert	29 580 000 M.
4. Fertige Waren	419 399 dz, Wert	60 502 000 M.
	9 926 623 dz, Wert	102 547 000 M.

Wie schon erwähnt, ist die Einfuhr aus dem Reiche in das Saargebiet von 8 621 172 dz auf 9 926 623 dz um 1 305 451 dz = 15,4 v. H. und dem Werte nach von 80 456 000 M. auf 102 547 000 M. um 20 091 000 M. = 27,6 v. H. gestiegen. Die stärkste Zunahme weist hierbei die Einfuhr an fertigen Waren auf, die um 89 276 dz der Menge nach und um 12 660 000 M. dem Werte nach gestiegen sind. Diese Zunahme zeigt, daß die deutsche Ware auf dem Saarmarkt immer stärker begehrt wird und daß sie wieder mehr und mehr nach der Erleichterung des Zolldruckes in ihre berechnete Stellung einrückt. So stieg, um einige Hauptposten zu nennen, die Einfuhr an Textilien von 4012 dz im Werte von 5 747 000 M. Januar-September 1928 auf 11 559 dz im Werte von 11 270 000 M., an Schuh- und Lederwaren von 1033 dz im Werte von 1 897 000 M. auf 2150 dz im Werte von 3 091 000 M., an chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen von 23 612 dz im Werte von 1 390 000 M. auf 31 002 dz im Werte von 1 975 000 M. Die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren weist eine Zunahme von 1 043 472 dz im Werte von 6 395 000 M. auf. An Steinkohlen bezog das Saargebiet aus dem Reiche 200 267 t im Werte von 4 360 000 M. (1928: 123 048 t im Werte von 2 126 000 M.), an Koks 86 323 t im Werte von 2 877 000 M. (28 208 t im Werte von 831 000 M.), an Bricketts 45 595 t im Werte von 911 000 M. (35 926 t im Werte von 653 000 M.), an Eisenerzen 66 951 t im Werte von 898 000 M. (113 429 t im Werte von 2 140 000 M.). Stark zugenommen hat auch die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Reiche; sie stieg von 152 999 dz im Werte von 7 014 000 M. auf 334 572 dz (+ 181 573 dz) im Werte von 11 022 000 M. (+ 4 008 000 M.). Hierunter 79 094 dz Getreide im Werte von 1 683 000 M., 9897 dz Mültereierzeugnisse im Werte von 403 000 M., 139 350 dz frische Kartoffeln im Werte von 1 044 000 M., 2359 dz Gemüse im Werte von 85 000 M., 2829 dz Zucker im Werte von 252 000 M., 7257 dz Fleischwaren im Werte von 454 000 M., 10 061 dz Käse im Werte von 960 000 M., 14 017 dz Margarine im Werte von 2 015 000 M. Die Einfuhr von lebenden Tieren verzeichnet allein einen Rückgang von 18 960 dz im Vorjahr auf 10 090 dz (= 8870 dz) in diesem Jahre, dem Werte nach von 2 415 000 M. auf 1 443 000 M. (= 972 000 M.). Die Einfuhr an Schweinen belief sich auf 9161 Stück im Werte von 1 394 000 M. gegen 18 831 Stück im Werte von 2 343 000 M. im Vorjahr.

Ein Vergleich der Ein- und Ausfuhr im deutsch-saarländischen Warenaustausch ergibt, daß die starke passive Bilanz auf Seiten des Reiches sich fortgesetzt vermindert, in welchem Ausmaße natürlich die noch zollbegünstigte französische Einfuhr zurückgedrängt wird. Es gilt bei den Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über die Lösung der Saarfrage diese natürliche Entwicklung nicht zu übersehen und durch zwangsläufige Bindungen unnötig einzuschnüren, wenn nicht auf französischer Seite dafür ausreichende Ausgleichs geboten werden.

— r.

Kleine politische Umschau

Kolonien gegen das Saargebiet?

Schwohl die deutsch-französischen Saarverhandlungen bis zum 10. Januar unterbrochen sein werden, beschäftigt man sich in französischen politischen Kreisen nach wie vor mit dem dabei zur Beratung stehenden Problem. Der Berichterstatter der Grubenkommission der Abg. Charlot, hatte in einem ergänzenden Bericht an die Regierung die Aufrechterhaltung des Status quo im Saargebiet gefordert. Charlot macht in seinem Bericht einen befremdenden Vorschlag. Er wirft die Frage auf, warum bei diesen Verhandlungen nicht von den ehemaligen deutschen Kolonien gesprochen werde. Gewisse dieser Kolonien könnten ohne Schaden von Frankreich an Deutschland zurückgegeben werden bei einer den französischen Wünschen entsprechenden Lösung der politischen und wirtschaftlichen Fragen des Saarproblems.

* Sei lauwet noch! Nämlich der „Studienauschuß“ des Saargebietes! Von 100 Saarländern wissen kaum drei, daß es im politisch-parlamentarischen Leben an der Saar so etwas wie ein Oberhaus gibt. Es heißt Studienauschuß, im Volksmund Dunkelkammer, und wie die Mitglieder heißen, wissen von hundert Saarländern noch weniger als drei. Nur ab und zu erfährt die Welt etwas von dem überflüssigen Dasein jener „Birorum Obscurorum“. Es ist jetzt von der Saarregierung durch Verordnung („Amtsblatt“ Nr. 15, vom 22. Dezember) bis zum 31. Dezember 1930 verlängert worden, was allseits mit einem Seufzer der Erleichterung aufgenommen werden wird, da man vielfach der Meinung war, die Gesellschaft dieser schätzenswerten Mitbürger sei bereits aus dem politischen Leben abgeschieden.

Kleine Tageschronik

Saarbrücken. Der Saarbrücker Kriminalpolizei ist ein guter Fang geglückt. Der seit zwei Jahren wegen Notzuchtverbrechens und des zuletzt im Bildstoder Wald verübten Raubmordes auf den Grubenaufsicher Bismehl gesuchte Schwerverbrecher Walter Hammerschmid ist in einem Versteck in Quierschied festgenommen worden. Die Kriminalisten überraschten Hammerschmid in einem Taubenschlag und konnten ihn wehrlos machen, ehe er Zeit hatte, zur Waffe zu greifen. In seinem Besitz befand sich eine mit acht Patronen geladene Pistole und weitere 24 Patronen. Zusammen mit Hammerschmid wurde in dem Versteck der fasssam bekannte Schwerverbrecher Kuhn aufgefunden, der als ein Komplize des Hammerschmid anzusehen ist und der vor etwa 6 Monaten aus dem Ottweiler Gefängnis ausgebrochen war, wo er eine ihm wegen eines schweren Verbrechens zudiktierte Freiheitsstrafe zu verbüßen hatte. Hammerschmid ist 22 Jahre alt und trotz seiner Jugend der Polizei als Schwerverbrecher bekannt. Zusammen mit den beiden Verbrechern wurde ein gewisser Feith verhaftet, der den Banditen in seiner Wohnung Unterschlupf gewährt hatte. Die drei Verhafteten wurden unter starker polizeilicher Bedeckung nach Saarbrücken verbracht.

Saarlouis. Im Jahre 1930 soll in Saarlouis die große landwirtschaftliche Jubiläumsausstellung stattfinden. Nach den Darlegungen des Vorsitzenden, Landrat Dr. Arweiler, besteht der Plan, die Ausstellung in vier Sonderabteilungen einzuteilen: in eine landwirtschaftliche Abteilung, eine Forstabteilung, eine gewerbliche Abteilung, in der auch das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe vertreten sein soll, sowie in eine Abteilung der gesamten Produktion des Kreises Saarlouis. Die Forstabteilung, die erste dieser Art im Saargebiet, wird von der Forstabteilung der Saarregierung geboten. Als Ausstellungsplatz wurde der im Eigentum der Stadt befindliche große Platz zwischen der v. Schützstraße und der Jägerkaserne vorgesehen. Dieser ist trocken gelegen, kann also bei jeglicher Witterung benutzt werden und ist mit Bahnanschluß, Wasser- und Gasleitung, sowie mit elektrischer Stromzuführung verbunden. Die Ausstellung soll mit Rücksicht auf das Gründungsjubiläum der Stadt Saarlouis die Bezeichnung „Jubiläumsausstellung“ erhalten und im September 1930 stattfinden.

Mensingen. Die hier erbaute neue katholische Kirche wurde am Sonntag vor Weihnachten feierlich eingeweiht. Die Festpredigt hielt Seminar-Professor Dr. von Meures-Trier. Der kirchlichen Feier schloß sich abends eine Festversammlung an, bei welcher Gelegenheit das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Herr Kohnmann, die Festrede mit dem Thema „Warum bauen die Katholiken neue Kirchen“ hielt. Die neue Kirche ist in Kreuzform gebaut. Der Bauplan stammt vom Baurat Professor Dr. Holzmeister-Düsseldorf. An dem Bau waren nur einheimische Bauhandwerker beschäftigt.

Menningen. Zu einer Notlandung sah sich hier ein französischer Doppeldecker gezwungen, dessen Führer die Orientierung verloren hatte und der Annahme war, daß er sich in der Nähe von Metz befände. Bei der Notlandung wurde die elektrische Ueberlandleitung beschädigt, so daß einige benachbarte Ortschaften zeitweise ohne Strom waren. Im Saargebiet scheint es noch immer Mode zu sein, daß die französischen Flieger, vor allem Militärflugzeuge, nach Belieben das Saargebiet überfliegen können, ja, daß ganze französische Flugzeuggeschwader über dem Saargebiet manövrieren, ohne daß die Regierungs-Kommission ihre Hoheitsrechte zu wahren sich veranlaßt sieht. Im auffälligen Gegensatz hierzu stehen die Schwierigkeiten, die man den deutschen Privatflugzeugen macht, die auf saarländischem Boden landen wollen.

Böfelingen. Explosion der Schlackenhalde bei Hostenbach. Die weit über die Grenzen des Saargebiets bekannte und auch auf einer gewissen Saargebietsbriefmarke abgebildete Röchlingsche Turmhalde bei Hostenbach ist anfangs Dezember mit ungeheurer Wucht explosionsartig auseinandergebrochen. Gase, die sich im Innern des Berges gebildet hatten, suchten sich gewaltsam einen Ausweg. Ein großer Teil der äußeren Kruste dieser Schutthalde flog in die Luft. Die hart an der Halde vorbeiführende Förderbahn der Grube Hostenbach wurde stark in Mitleidenschaft gezogen, ebenso die Betonmauer, mit der die Halde zum Teil umgeben ist. Eine in dem Augenblick der Explosion an der Ausbruchsstelle vorüberfahrende Lokomotive der Grube Hostenbach wurde von dem gewaltigen Luftdruck mehrere Meter weit über eine Böschung geschleudert. Der Maschinist Schreiner aus Schaffhausen wurde mit erheblichen Quetschungen unter seiner Lokomotive hervorgezogen.

Großfölseln. Ihren 94. Geburtstag beging hier am zweiten Weihnachtsfeiertag die Witwe Anna Roth, geb. Eppler, die die älteste Mitbürgerin in unserer Gemeinde ist.

Dudweiler. Die hiesige Eisenbauanstalt, deren Betrieb geschlossen werden mußte, ist in den Besitz unserer Gemeinde übergegangen. Der Betrieb soll in nächster Zeit wieder aufgenommen werden, wodurch die zur Zeit arbeitslosen Angestellten und Arbeiter wieder Beschäftigung finden.

Heiligenwald. Einen überaus zahlreich besuchten Kinder- und Elternabend hatte hier die katholische Schulverwaltung veranstaltet, der sich auch in den Dienst für die deutsche Schulsache gestellt hatte. An den im Verlauf des Programmes gebotenen Vortrag der Dichtung „Graf Douglas“ anknüpfend, führte der Schulvorsteher Rektor Schmitt aus, daß darin so recht unsere Lage und unser Verhältnis im Saargebiet zum Ausdruck gelange. Auch wir seien nicht sieben, sondern schon zehn Jahre entrechtet und geknechtet und von Fremdlingen regiert worden, aber nichts habe vermocht, uns unsere Heimat- und Vaterlandsliebe zu rauben. Trenn hielten wir zu Deutschland und trügen das Schwere, bis auch für uns die Befreiungs- und Erlösungstunde schlug. Pastor Becker schilderte darauf, wie wir einem Bericht der „Saarbr. Zeitung“ entnehmen, den Unterschied und den Charakter der deutschen Volksschule im Vergleich zu der französischen Schule. Durch die letztere sollte hier im Saargebiet ein Keil in unsere Bevölkerung getrieben, die Herzen der Kinder dem deutschen Empfinden entfremdet werden. Auf's tiefste sei es zu bedauern, daß noch immer ein Teil der Bürger in Verblendung ihre Kinder der unchristlichen französischen Schule zuführen, um so erfreulicher sei es demgegenüber, daß ein großer Teil sich wieder zur deutschen Schule zurückgefunden habe. Der Redner schloß mit der Mahnung: Schließt die Reihen, haltet und arbeitet zusammen, Eltern, Schule und Kirche, dann werden alle Hoffnungen der Feinde unserer guten deutschen Volksschule zunichte werden, zum Segen und Wohle aller, unserer Volksgemeinschaft und des deutschen Vaterlandes, dem wir recht bald wieder zurückgegeben werden mögen. Die Ausführungen der beiden Redner fanden stürmische Zustimmung in der Versammlung.

Quierschied. Die Bürgermeisterei Quierschied, zu beiden Seiten des anmutigen Fischbachtals unweit Saarbrücken gelegen, hat eine geschichtliche Untersuchung der engeren Saargebiet herausgegeben. Professor Dr. h. c. Ruppertsberg, ein namhafter Saarforscher, schildert in seiner anschaulich geschriebenen Arbeit das Entstehen von Quierschied, sein allmähliches Anwachsen zur Gemeinde, wobei besonders den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der Vergangenheit nachgegangen wird. Das wirtschaftliche Schwergewicht der Kommune liegt im Bergbau, der sich vor dem Kriege in starkem Aufstieg befand. Heute befinden sich die Betriebe wie fast überall im Saargebiet in französischer Verwaltung. Ein bedeutender Erwerbszweig war noch zu Ende des vorigen Jahrhunderts die Glasindustrie, die heute jedoch wegen Absatzschwierigkeiten still liegt. Die Landwirtschaft wird im allgemeinen nur im Nebenerwerb betrieben, Obst- und Gemüsebau erfreuen sich einer besonderen Förderung. Bis ins letzte Viertel des vorigen Jahrhunderts war Quierschied sozusagen vom Verkehr abgeschlossen. Die steigende Produktion des Bergbaues machte jedoch eine bessere Ver-

bindung notwendig. Den ersehnten Verkehrsanschluß brachte die Fischbachtalbahn, die im Jahre 1879 eröffnet wurde. Seit dieser Zeit hat die Gemeinde Quierschied ein rasches Wachstum genommen, der Wunsch nach kommunalem Eigenleben gewann immer mehr an Nachdruck und im Jahre 1903 wurde die Gemeinde, die bis dahin der Bürgermeisterei Hensweiler angegliedert war, selbstständige Bürgermeisterei. Weiter schildert der Verfasser die kulturelle Entwicklung der Gemeinde (Kirche und Schule) und schließt mit einem Ueberblick auf die kommunale soziale politische Tätigkeit.

Heleh. Im Alter von 93 Jahren ist hier der Kriegsveteran Landwirt Nikolaus Lermen zur letzten Ruhe bestattet worden. Lermen war Mitkämpfer der Feldzüge von 1864, 1866 und 1870/71. Seiner Militärpflicht hatte er bei den Boern genügt.

Dillingen. Einen tödlichen Unfall erlitt hier auf der Gütte der Arbeiter Alois Werner, der in der Dunkelheit in ein 2 m tiefes Säurebecken stürzte und darin einen gräßlichen Tod fand.

Personalnachrichten

* Dem Generaldirektor Rodenhäuser in Böfelingen ist die höchste Auszeichnung, welche die technische Hochschule Darmstadt zu verleihen berechtigt ist, am Weihnachtsabend verliehen worden, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber. In der Verleihungsurkunde heißt es: „auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Maschinenbau wird Herrn Generaldirektor Rodenhäuser die Würde des Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen wegen seiner hervorragenden Verdienste um die Entwicklung der Elektrotafelerzeugung und die Förderung der saarländischen Industrie.“ Der Urkunde war ein persönliches Glückwunschschreiben vom derzeitigen Rektor Prof. Dr.-Ing. Roth und ein weiteres Glückwunschschreiben vom Vorstand der Abteilung für Maschinenbau Prof. Dr.-Ing. Heidebrock beigefügt.

* Pfarrer Heibges, St. Wendel, wurde an Stelle des vor kurzem verstorbenen Dechanten Bades, Biesen, zum Dechanten des Dekanates St. Wendel ernannt. — Dechant Heibges wurde 1874 geboren, studierte Theologie in Innsbruck und Trier, wurde 1898 zum Priester geweiht, war Pfarrer in Landsweiler-Reden und ist seit 1917 in St. Wendel. Seine Ernennung zum Dechanten wird zweifellos nicht nur in den Reihen des saarländischen Klerus, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit mit Befriedigung aufgenommen werden.

Sein 40jähriges Jubiläum im Staatsdienst beging Verwaltungsamtmann Johann Fixemer in Saarlouis. — Sein 25jähriges Jubiläum im Dienste der Firma Röchling (Koksanlage Altenwald) konnte der Hüttenbeamte Fritz Beckerle in Sulzbach feiern.

* 146 Arbeiterjubilare der Burbacherhütte. Entsprechend dem bei den Luxemburger Werken der „Arbed“ geltenden Brauche erhalten auch die Arbeiter der Burbacherhütte seit einer Reihe von Jahren nach zwanzigjähriger ununterbrochener Dienstzeit die silberne Jubiläumssuhr. Auch in diesem Jahre konnte die Direktion wiederum 140 Arbeitern die Jubiläumssuhr mit dem Ausdruck besonderen Dankes für die in zwei Jahrzehnten treu und gewissenhaft geleistete Berufsarbeit überreichen. Außerdem erhielten 6 Arbeiter, die seit dem Jahre 1879 ununterbrochen im Werke tätig waren, die goldene Uhr mit Kette und Hüttenabzeichen für fünfzigjährige Dienstzeit. Insgesamt haben seit Gründung der Burbacherhütte bis zu diesem Jahre 3186 Hüttenangehörige, darunter 83 mit 50 Dienstjahren, die Jubiläumssuhr erhalten, und von den Jubilaren sind zurzeit noch mehr als 1800 auf der Hütte in voller Arbeitskraft tätig, während rund 500 sich unter den noch lebenden Pensionären befinden.

Das Erinnerungskreuz am Bande wurde der Frau des Bürgermeisters Barth in Sulzbach vom Landesverband des Roten Kreuzes in Berlin für Verdienste um die Sache des Roten Kreuzes verliehen.

* Oberstleutnant a. D. Maurer †. Im Alter von 64 Jahren ist Herr Oberstleutnant a. D. Maurer gestorben. Der Hospitalverstand von Saarbrücken widmet dem Dahingegangenen als Verwalter des Hospitals einen ehrenvollen Nachruf, in dem es heißt: „Der Tod dieses ausgezeichneten Mannes bedeutet für das Bürgerhospital, dem er seit dem Jahre 1922 seine Dienste unermüdet und in vorbildlicher Weise gewidmet hat, einen schmerzlichen Verlust. Sein Andenken wird von uns stets in hohen Ehren gehalten werden.“

* P. Alphons Pegolt (S. V. D.), St. Wendel †. Im 15. Jahre seines Priestertums ist der Priester des Missionshauses in St. Wendel P. Alphons Pegolt im Alter von 45 Jahren gestorben. In einem Nachruf, der ihm gewidmet ist, heißt es: „Der leider so früh Verstorbene war in weiten Kreisen des Saargebiets und des angrenzenden Trierer und Pfälzer Landes

als frommer Priester, eifriger Seelsorger, unermüdlicher Eiferer der Heidenmissionen und der Studenten-Exercitien bekannt. Die Bewohner des Missionshauses verlieren in ihm einen stets opferbereiten Priester, Mitbruder, Lehrer und Seelenführer. Möge Gott der Allgütige ihm ein mildes Richter und reicher Vergelter all des Guten sein, das er zu seiner Ehre und zum Heile der Seelen in selbstloser, unermüdlicher Arbeit geleistet hat."

**** Frau Marie von Boch-Galhau-Mettlach †.** Die feierliche Beisetzung der kürzlich im hohen Alter verstorbenen Frau Marie v. Boch-Galhau fand unter allgemeiner Teilnahme aus nah und fern statt. Besonders zahlreich war die Mettlacher Bevölkerung erschienen, um der edlen Wohltäterin das letzte Geleit zu geben. Nach dem Requiem widmete Pfarrer Koll der Verstorbenen Worte des Gedankens, dabei hinweisend auf den wohlthätigen Sinn, der Frau v. Boch in ihrem langen Leben befeelte. Nach der kirchlichen Feier bewegte sich der Trauerzug durch den Park, am Alten Turm, Schloß und Weiher vorbei. Voran schritten die Schulan, es folgte die Musikvereinsgung, Kirchenchor, Feuerwehr, die Anverwandten und die Bürgergesellschaft. In der Klosterkapelle vollzogen sich die üblichen Zeremonien. Gesang- und Musikvorträge schlossen die Feier. Die Verstorbene wurde in der Gruft an der Seite ihres Gatten, René v. Boch, beigesetzt.

Todesfälle: Saarbrücken: Frau Wwe. Konrektor Lorscheider, 66 Jahre; Carl Suchier, 71 Jahre; Prokurist Karl Rostert; Frau Wwe. Peter Wirtz, geb. Pfeiffer, 77 Jahre; Joh. Georg Krug, 59 Jahre; Schausteller Heinrich Sand, 49 Jahre, Frä. Christine Burenz, 55 Jahre; Frau Maria Grümer, geb. Marschal, 35 Jahre; Frau Anna Herzig, geb. Parig, 56 Jahre; Robert Herwig, 33 Jahre; Otto Siefert, 41 Jahre; Frau Wwe. Emilie Krüger, geb. Mengert, 53 Jahre; Frau Wwe. Elise Schmidt, geb. Geib, 71½ Jahre; Ferdinand Schmidt, 64 Jahre; Eisenbahn-Oberlokomotivführer Ludwig Müller, 59 Jahre; Feldhüter i. R. Johann Fuhr, 76 Jahre; Georg Kausch, 28½ Jahre; Frau Luise Charlotte Margarete Koch, geb. Trost, 42 Jahre; Frau Clara Roehl, geb. Fürstenberg, 61 Jahre; Wendel Milbau, 71 Jahre; Theodor Heinen, 76 Jahre; Frau Elisabeth Goldorf, geb. Scholtes, 31 Jahre; Jakob Buschmann, 84 Jahre; Hermann Freund, 47 Jahre; Frau August Probst, geb. Sophie Herrmann, 69 Jahre; Louis Roth, 66 Jahre; Ludwig Milbau, 65 Jahre; Karl Ritter, 75 Jahre; Frau Amalie Reck, geb. Hassel, 60 Jahre; Conrad Greischer, 74 Jahre; Frau Jakob Lorenz, geb. Henriette Karl, 55 Jahre; Schlossermeister Kaspar Bönig; Frau Hermann Greuter Barbara, geb. Krauth, 55 Jahre; Pensionär Philipp Karr, 59 Jahre; Frau Emilie Reih, geb. Kable, 67 Jahre; Frau Margarethe Peter, geb. Kios, 53 Jahre; Frau Luise Friedrich, geb. Meister, 54½ Jahre. — **Drebach:** Frau Wwe. Elisabeth Seeburg, geb. Schmidt, 73½ Jahre. — **Schaffbrücke:** Knappschaffinspektor Theodor Schmeer, 68 Jahre. — **Güdingen:** Frau Wwe. Heinrich Reih, Elisabeth, geb. Suppert, 86 Jahre. — **Geislauntern:** Paul Albach, 41 Jahre. — **Wehrden:** Frau Jos. Trunzler, Margareta, geb. Koch, 57 Jahre. — **Böllingen:** Bergmann Jakob Scheid, 29 Jahre; Frau Johann Salomon, 45 Jahre; Artur Adams, 26 Jahre; Heinz Sprenger, 40 Jahre; Kriegsinvalide Peter Heib, 39 Jahre; Georg Düwo, 65 Jahre; Michel Feldhäuser, 61 Jahre; Frau August Kaiser, Gebamme, geb. Crummanauer, 70½ Jahre. — **Dreieck:** Oberprimaner Erich Badenberger, 20 Jahre. — **Altentessel:** Fräulein Luise Wohley, 34 Jahre. — **Reudorf:** Pens. Bergmann Karl Biervogel, 56 Jahre; Schreiner Adolf Becker, 23½ Jahre. — **Niegelesberg:** Frau Mathilde Bauer, geb. Simmer, 29 Jahre. — **Lebach:** Frau Katharina Weber, geb. Michaely, 66 Jahre. — **Jägerstunde:** Heinrich Klar, 60 Jahre; Frau Christian Schley, geb. Marie Volz, 73 Jahre. — **Dudweiler:** Frau Wwe. Barbara Becken, geb. Lenhart, 71 Jahre; Frau Wwe. Nina Mertens, geb. Kurh, 75 Jahre; Frau Christian Fuhrmann, geb. Maria Naumann, 61 Jahre; Kunstgewerblerin Fräulein Maria Hemke, 27 Jahre; Frau Peter Weber, Elisabeth, geb. Schade, 62½ Jahre. — **Sulzbach:** Ludwig Schneider, pensionierter Grubenschmied in Neutweiler, 77 Jahre; Richard Ruhn, 30 Jahre; Friedrich Klunker, 27 Jahre; Frau Maria Augustin, geb. Bühler, 33 Jahre. — **Altenwald:** Albert Meiser, 32 Jahre; Peter Born, 61 Jahre. — **Friedrichsthal:** Frau Anna Forster, geb. Grobler, 46 Jahre; pens. Glasmacher Georg Diehl. — **Bildstock:** Frau Wilhelm Schmitt, Margarete, geb. Thomas, 63 Jahre; Peter Sau, 73 Jahre; Gastwirt Karl Sahnner, 65 Jahre. — **Spiesen:** Annemarie Palm, 1 Jahr. — **Landweiler:** Conrad Diehl, 67 Jahre. — **Wemmelweiler:** Michael Mohr, 76 Jahre. — **Neunkirchen:** David Meyer, 48 Jahre; Katharina Schröder, geb. Kalmes, 60 Jahre; Walzendreher Karl Hör, 64 Jahre; pens. Bergmann Johann Walter, 86 Jahre; Frau Elisabeth Thormeyer, 43 Jahre; Frau Wwe. Barbara Fark, geb. Vogelgesang, 77 Jahre; Frau Wwe. Maria Piroth, geb. Welsch, 66 Jahre; Hüttenmeister Jakob Henkes, 57 Jahre; Frau Wwe. Friedrich Hellwig, Maria, geb. Klät, 53 Jahre; Heinrich Brandenburger, 57 Jahre; Werkmeister Nikolaus Wilhelm, 49 Jahre; Karl Steigerwald, 63 Jahre; Frih

Koch, 55 Jahre; Frau Dorothea Marx, geb. Schlant, 67 Jahre; Frau Margarethe Jäkle, geb. Leithäuser, 34 Jahre. — **Wieselskirchen:** Frau Wwe. Jakob Schramm, Elisabetha, geb. Martin, 60½ Jahre; Frau Emilie Elsner, geb. Busch, 38 Jahre; Christian Simon, 62 Jahre; Luise Noble, 24 Jahre; Karl Frih, 75 Jahre. — **Ottweiler:** Frau Wwe. Nikol. Dörrenbächer, Kath., geb. Wbl, 54 Jahre. — **Niederlingweiler:** Apotheker und Fabrikant Johannes Frih Neuhauz, 54 Jahre. — **Illingen:** Frau August Stroppel, Johanna, geb. Lauer, 67 Jahre. — **Dillingen:** Eisenbahn-Pensionär Johann Kettel, 83 Jahre; Frau Johann Maas, geb. Maria Planta, 68 Jahre. — **Vachten:** Frau Barbara Bourgeois, geb. Spector, 72 Jahre. — **Bedingen:** Frau Wwe. Peter Schäfer, Kath., geb. Pefe, 75 Jahre. — **Hilbringen:** Frau Wwe. Joh. Pet. Lebh, 70 Jahre. — **Griesborn:** Frau Regina Klein, geb. Siegler, 28½ Jahre. — **Bachem:** Helena Schreiner, 68 Jahre. — **Saarlouis:** Frau verwitwete Bürgermeister Johann Jacobs, Maria, geb. Favier, 95 Jahre. — **Schwemlingen:** Pensionär Heinrich Nicola, 77 Jahre. — **Wallerfangen:** Frau Maria Klein, geb. Klein, 61 Jahre. — **Frailautern:** Frau Wwe. Barbara Sacour, geb. Jungmann. — **Himlingen:** Pensionär Philipp Jakobs, 82 Jahre. — **Saarwellingen:** Gastwirt Philipp Theis, 54 Jahre. — **Mergig:** Karl Reinert, 64 Jahre; Max Frenkel, 76 Jahre. — **Gerlsangen:** Gemeindevorsteher Joh. Dittgen, 72 Jahre. — **Losheim:** Frau Joh. Steuer, Maria, geb. Buchmann, 68 Jahre. — **St. Ingbert:** Pens. Glasmacher Joh. Blaumeiser, 72 Jahre; Frau Wwe. Elisabetha Frih, geb. Schneider, 75 Jahre; Eisenbahnspektor i. R. Peter Schneider, 70 Jahre; Bahnhofswirt Wilhelm Sans, 61 Jahre. — **St. Wendel:** Pens. Bergmann Jakob Schel, 57 Jahre. — **Münchwiess:** Pens. Grubenschmied Joh. Jak. Müller.

Todesfälle. Saarbrücken: Ludwig Birringer; Frau Witwe Charlotte Schmitz, verm. Emich, geb. Jakob, 45 Jahre; Frau Karoline Tonolq, geb. Klauke, 45 Jahre; Frau Maria Redtenwald, geb. Sedler, 58 Jahre; Conrad Greischer, 74 Jahre; Isidor Röster, 72 Jahre; pens. Eisenbahnschlosser Emil Linz, 39½ Jahre; Heinrich Wein, 84 Jahre; Metti-Matthias Kohl, 36 Jahre; Daniel Wolf, 82 Jahre; Fräulein Eleonore Hellwig, 52 Jahre; Hüttenbeamter a. D. Peter Peters, 38 Jahre; Adolf Wöhrenkemper, 46 Jahre; Frau Witwe Peter Heipp, geb. Zersack, 74 Jahre; August Berner, 33 Jahre; Mathias Schneider, 64 Jahre; Frau Margarethe Schük, 43 Jahre; Bademeister i. R. Karl Kübler, 67 Jahre; Johann Valentin, 69 Jahre; Katharina Maria Wilhelmine Mohm, 30 Jahre; Rentier Franz Heil, 68 Jahre; Eisenbahn-Wagenaufseher Johann Albert Adam, 56½ Jahre; pens. Bahnsteigkassierer Franz Schäfer, 77½ Jahre; Johann Kreih, 75 Jahre. — **Scheidt:** Andreas Stolz, 37 Jahre. — **Güdingen:** Frau Wwe. Christian Maurer, Katharine, geb. Kurh, 83 Jahre. — **Hauweiler:** Weichensteller Johann Fuchs, 63 Jahre. — **Gersweiler:** Rentier Heinrich Balh, 67 Jahre. — **Wehrden:** Hüttenpensionär Nikolaus Heisel, 42 Jahre; Walter Lindner, 12½ Jahre. — **Böllingen:** Jakob Burgard, 46 Jahre; Blahmeister Georg Diwo. — **Heusweiler:** Gastwirt Johann Fröhlich, 82 Jahre. — **Büttlingen:** Schmiedemeister Johann Grün, 70 Jahre. — **Graulheide:** Reinhold Langen, 18 Jahre. — **Dudweiler:** Schuhmachermeister Karl Dürkop, 68 Jahre; Frau Wwe. Johann Barthel, geb. Magdalene Jost, 71 Jahre; Fräulein Elise Fries, 27 Jahre; Anna Müller, 19 Jahre; Ernst Hen, 14 Jahre. — **Sulzbach:** Jakob Schneider, 74 Jahre; Willi Schneider, 18 Jahre. — **Friedrichsthal:** Jakob Eisel, 54 Jahre; Frau Wwe. Johann Wagner, geb. Hubig, 71 Jahre. — **Bildstock:** Christian Arendt, 32 Jahre. — **Elversberg:** Gertrud Kern, 25 Jahre. — **Hühnerfeld:** Joh. Baus, 49½ Jahre. — **Urweiler:** Michel Sau, 46 Jahre. — **Quierschied:** Hüttenbeamter Otto Stenger, 55 Jahre. — **Neunkirchen:** Frau Wwe. Barbara Hark, geb. Vogelgesang, 77 Jahre; pens. Hüttenaufseher Friedrich Blinn, 64 Jahre; Werkmeister Nikolaus Wilhelm, 49 Jahre; Frau Wwe. Friedr. Hellwig, Maria, geb. Kläs, 53 Jahre; Frau Wwe. Luise Limbach, geb. Meis, 60½ Jahre; Hüttenvorkarbeiter Nikolaus Klein, 40 Jahre; Margareta Rühling, geb. Dellwo, 58 Jahre; Frau Maria Didie, geb. Kaufmann, 40 Jahre. — **Wieselskirchen:** Aug. Groß, 61 Jahre; Frau Wwe. Luise John, geb. Forst, 64 Jahre; Hüttenarbeiter Robert Haber, 33 Jahre; Bergmann Stefan Hassel, 70 Jahre. — **Wiesen:** Dechant und Pfarrer Jakob Bades. — **Wellesweiler:** Frau Wwe. Ludw. Franz, geb. Huble, 40 Jahre. — **Schwalbach:** Schuhmachermeister Franz Schen, 63 Jahre. — **Ottweiler:** Johannes Bahler. — **Illingen:** Frau Wwe. Maul, geb. Emilie Maurer, 50 Jahre. — **Bous:** Frau Wwe. Josepha Stattelmann, geb. Stumm. — **Dillingen (Schanghai):** Professor Dr. Joseph Drexler. — **Griesborn:** Frau Maria Auguste Vessel, geb. Spieß, 25 Jahre. — **Isdorf:** Gabriel Breininger, 84 Jahre. — **Saarlouis:** Obermeister Peter Fischer, 47 Jahre. — **Schwemlingen:** Philipp Trih, 74 Jahre. —

Wallerfangen: Frau Wwe. Cavellus, Barbara, geb. Schaller, 77 Jahre. — Graulautern: Jakob Heinrich-Schmitt, 33 Jahre. — Roden: Oekonomieverwalter Adolf Stiller, 57 Jahre. — Besseringen: Johann Lessel, 26 Jahre. — Merzig: Fabrikbeamter Matth. Heidecker, 66 Jahre; Professor Heinrich Schrader, 80 Jahre. — St. Ingbert: Frau Wwe. Gertraude Rihm, geb. Hauck, 61 Jahre. — Homburg: Bausteiger Raimund Ecart, 46 Jahre. — Breisfurt: Daniel Neumüller, 77 Jahre. — Beurig: Frau Wwe. Fischer-Jung, Anna Maria, geb. Jung, 75 Jahre. — Birkenfeld: Gastwirt und Kohlenhändler Frik Hepp, 59 Jahre. — Erbringen: Peter Minas, 28 Jahre. — Krettnich: ehew. Schulbruder Guntram-Rilian, geb. Alonius Brust, 26 Jahre. — Neubrücke: Reserve-Lokomotivführer Heinrich Seifert, 46 Jahre. — Rammelsfangen: Schmiedemeister Ludwig Hans, 64. Jahre.

Aus dem Saarwirtschaftsleben

Der Gesundheitszustand der Saarbergleute im Jahre 1928

Nach statistischer Ermittlung kann der Gesundheitszustand unter den Mitgliedern als günstig bezeichnet werden. Die Zahl der Krankmeldungen war im ersten Vierteljahr — bedingt durch die starke Vermehrung der Pensionsanträge — eine ziemlich hohe. Im zweiten und dritten Vierteljahr traten häufige Grippeerkrankungen auf. Die Grippeerkrankungen waren mit 3840 jedoch erheblich geringer als im Vorjahre mit 6195. — Die Gesamtzahl der Erkrankungen an Lungentuberkulose betrug 238 mit 17 Todesfällen gegen 383 mit 25 Todesfällen im Vorjahre. — In dem Bericht wird auch einer eigenartigen Epidemie Erwähnung getan, die Anfang Mai in Ustelsangen unter fieberhaften Erscheinungen bei annähernd 120 Personen, meistens Kindern von 2—15 Jahren, infolge Genusses von Speiseeis, wie durch den dortigen Knappschafftsarzt festgestellt wurde, auftrat. Nach den durch den zuständigen Kreisarzt und den Vorstand des Medizinaluntersuchungsamtes an Ort und Stelle angestellten Ermittlungen sowie der Behandlung mit Heilserum und durch ausgedehnte Schutzimpfungen konnte, mit Ausnahme von einem Todesfall, allen übrigen Erkrankten Heilung gebracht werden. — Die Hauptursache für vorzeitige Pensionierung war, abgesehen von den Verletzungen in und außer dem Beruf und den sonstigen Erkrankungen, vorwiegend der Rheumatismus, und zwar der Gelenkrheumatismus, von dem 3186 Fälle gegenüber 3307 im Vorjahre zur Meldung kamen. — Die Inanspruchnahme der Familien-Krankenhilfe war auch im Berichtsjahre wieder eine starke.

Die Förderung der Saargruben

in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres betrug einschließlich der verpachteten Grube Frankenholz insgesamt 10 020 600 t gegenüber 9 753 373 t im gleichen Zeitraum des Vorjahres, mithin in diesem Jahre 267 227 t mehr. Die Förderung betrug im ersten Vierteljahre 3 128 546 t, im zweiten Vierteljahre 3 307 855 t und im dritten Vierteljahre 3 584 199 t. Der Absatz der Förderung Januar-September 1929 verteilt sich wie folgt: 812 834 t für Lebensselbstverbrauch, 258 413 t Lieferung an die Bergleute, 236 100 t Lieferung an die eigene Kaserne und 8 812 822 t für Verkauf und Versand, zusammen also 10 120 169 t. Die Gesamtförderung wurde somit glatt abgesetzt. Die Halbenbestände, die Anfang des Jahres 122 934 t betrugen, konnten dabei um 99 569 t bis auf 68 890 t vermindert werden. Die Zahl der Belegschaft betrug Ende September 59 892 Personen gegen 59 766 Personen zu Beginn des Jahres, die Belegschaft ist somit um 126 Personen vermehrt worden. Die Zahl der Beamten und Angestellten beträgt 3398 Personen gegen 3419 Personen zu Beginn des Jahres, hier liegt also eine Verminderung um 21 Personen vor. Die Zahl der Unfälle von Januar-September betrug 7031, davon waren 41 mit tödlichem Ausgang und 1432 mit mehr als vier Wochen Arbeitsunfähigkeit.

Der Luftverkehr des Saargebiets

im Jahre 1929 hat sich trotz der beschränkten Flugzeit recht erfolgreich entwickelt. In Betrieb genommen waren die beiden Strecken Berlin-Frankfurt-Saarbrücken-Paris und Saarbrücken-Karlsruhe-Stuttgart-München. Erstere wurde am 21. Mai in Betrieb genommen, letztere erst am 15. Juni. In der Richtung nach Frankfurt betrug die Zahl der Fahrgäste 400, in der Richtung nach Paris 364, auf der Teilstrecke Saarbrücken-Paris wurden 413 Fahrgäste gezählt, Paris-Saarbrücken 394. In der Richtung nach Karlsruhe zählte man 180 Fahrgäste, umgekehrt 154. Die Gesamtzahl der an-, ab- und durchgeflogenen Fahrgäste betrug 1251 Personen. An an-, ab- und durchgehender Fracht wurden insgesamt 12 864 kg und an Post 465 kg befördert. Die Aufnahme des Betriebes auf der dritten für Saarbrücken vorgesehenen Linie nach Köln und dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet konnte in diesem Jahre leider noch nicht erreicht werden, da die Regierungskommission noch Schwierigkeiten in

den Weg legte. Jedenfalls hat dies erste Betriebsjahr erwiesen, daß der Anschluß des Saargebiets an das Luftverkehrsnetz den Bedürfnissen unseres Wirtschaftsgebietes entsprach und man wird für die Zukunft erwarten dürfen, daß sich die maßgebenden Stellen die Förderung dieses modernen Verkehrsmittels mehr angelegen sein lassen werden.

Flözbrand in der Fettkohlengrube Clarenthal

Mitte Dezember war in der Fettkohlengrube Clarenthal ein Brand auf dem Flöz 2 unterhalb der zweiten Sohle ausgebrochen. Dieser Flözbrand hatte am 22. Dezember derartig großen Umfang angenommen, daß sich die Betriebsleitung veranlaßt sah, die zur Bekämpfung dieses Brandes aufgeboteene Mannschaft aus Gründen der Sicherheit aus der Grube zurückzuziehen. Man hatte zunächst versucht, wie schon früher, den Brand lokal zu bekämpfen. Diese Maßnahme führte diesmal nicht zum Erfolg. Da der Brandherd unterhalb der zweiten Sohle, der jetzigen tiefsten Sohle, liegt, war man gezwungen, die Baue bis zu dieser Fördersohle unter Wasser zu setzen. Die Belegschaft konnte also nicht mehr anfahren. Von der Maßnahme sind etwa tausend Mann betroffen.

Die Entstehung des Brandes wollen Bergleute darin erblicken, daß sich die Kohle durch den kolossalen Druck von selbst entzündet hat. Ob diese Annahme richtig ist, mag dahingestellt sein. Grube Ostschacht und die nahe gelegene Grube Delbrück waren seit Jahren Schmerzenskinder der Verwaltung. Es sind genau 25 Jahre her, als sich im Jahre 1904 in der letzteren eine heftige Explosion ereignete. Die Flammen der brennenden Grube schlugen zum Schacht hinaus und setzten das hölzerne Seilscheibengerüst in Brand, das wie eine riesige brennende Fackel zum Himmel leuchtete. Es blieb nicht anderes übrig, als die ganze Grube unter Wasser zu setzen. Als sie nach einigen Jahren entsümpft, die Aufwältigungsarbeiten beendet und ein neues eisernes Schachtgerüst montiert war, konnte die Förderung wieder aufgenommen werden. Doch diese dauerte nicht lange. Im Herbst des Jahres 1914 ereignete sich eine zweite Explosion. Wieder wurde das Feuer durch Wasser erloscht. Seit der Zeit liegt Grube Delbrück unter Wasser. Der Ostschacht wurde zur Kohlenförderung vorbereitet, als man nach den Erfahrungen von 1904 dem Delbrückschacht nicht recht traute. Man wollte von Osten die wertvollen Flöze gewinnen und stellte die Verbindung mit Delbrück her. Von der großen Explosion von 1914 wurden beide Gruben betroffen. Beide wurden auch unter Wasser gesetzt. Mit vieler Mühe und Geduld konnten die Aufwältigungsarbeiten im Ostschacht beendet werden, trotz mancher Störungen durch eine weitere Explosion.

Bankkatastrophen im Saargebiet

Das Bankhaus Gebrüder Haldy A.-G. hat seine Schalter geschlossen und die der Bankfirma zugehörige Holzgroßhandels-G. m. b. H. Haldy ihre Zahlungen eingestellt. Die seit über einem Jahrhundert im Besitze der altenglischen Familie Haldy befindliche Firma widmete sich ursprünglich dem Kohlenhandel. Das Bankgeschäft wurde hauptsächlichlich zur Abwicklung der Geldgeschäfte der Kohlenhandlung begründet. Mit Kriegsende erlitt die Firma durch die Sequestrierung ihrer elssässischen und französischen Filialen schwere Verluste. Die Uebereignung der Saargruben an den französischen Staat nötigte zur Anlehnung an das Ruhrrevier; so wurde die Kohlenhandelsgesellschaft Haldy G. m. b. H. im Jahre 1920 gegründet, woran die Ruhrbergwerksgesellschaft Ewald anfänglich mit 51 v. H. beteiligt war. Im Jahre 1924 zwang eine durch Unterschlagungen bzw. Fehlspekulationen eines Prokuristen herbeigeführte Krise, über die sich das Bankhaus nur dank einer Hilfsaktion anderer deutscher Saarbanken hinweghalf, zur Abstoßung des restlichen Gesamtanteils am Kohlengeschäft. Das zum Erlaß des Kohlenhandels im Jahre 1920 neugelegte und damals mit 100 000 Fr. Stammkapital ausgestattete Holzgeschäft nahm im Laufe der Zeit solche Dimensionen an, daß die durch allerlei Zwischenfälle bereits verknappten eigenen Mittel der Bankfirma zur Liquidität nicht ausreichten. Die Investierung unverhältnismäßig großer Beträge im Holzhandel nötigte bereits im Frühjahr 1929 zu einer Kapitalserhöhung des im November 1921 in eine Familien-A.-G. umgewandelten Bankinstituts von 1,5 auf 6 Millionen Fr. dergestalt, daß die Hauts-Jouneauxet-Fonderies de Pont-à-Mousson, mit welcher französischen Gesellschaft die Firma Haldy schon vor dem Kriege in freundschaftlichen Beziehungen stand, 40 v. H. des Gesamtkapitals übernahm, während 60 v. H. im Besitze der Familie Haldy verblieben. Das Festfrieren von Krediten bzw. das Versagen großer Debitoren, mit deren Zahlungsfähigkeit bis zuletzt gerechnet wurde, nötigte zur Zahlungseinstellung, nachdem der Verwaltungsrat der Eisenwerksgesellschaft Pont-à-Mousson die Bereitstellung weiterer Gelder abgelehnt hatte. Die Familie Haldy ist vor den letzten Opfern nicht zurückgeblieben und hat ihr Vermögen bis auf Heller und Pfennig geopfert. Wenn diese

Opferwilligkeit trotzdem das Verhängnis nicht aufzuhalten vermochte; so möge die Gutgläubigkeit der Leiter, wenigstens in etwa als Entschuldigung dienen für den Teil der Schuld, den sie sachlich vertreten müssen. (Sbr. Landesztg.)

Nach dem Zusammenbruch der alten Familienbank von Gebr. Halby in Saarbrücken steht sich nunmehr auch das alte angesehene Bankhaus von Grohe-Henrich in Saarbrücken gezwungen, seine Pforten zu schließen. Während im Falle Halby mit einem Verlust von etwa 50 v. H. der Einlagen und von 60 v. H. bei der Tochterfirma Holz A.-G. Gebr. Halby zu rechnen ist, wird die Abwicklung bei der Bank von Grohe-Henrich ohne Verluste für die Saarkwirtschaft sich vollziehen, da die Verbindlichkeiten von den beiden fusionierten D-Banken übernommen worden ist. Nach der Abwicklung wird das Bankhaus von Grohe-Henrich hier in Saarbrücken geschlossen und für eine anderweitige Verwertung frei werden. Damit verschwinden zwei alte angesehene Saarbrücker Familienbanken, die sich um die Befruchtung des Wirtschaftslebens im Saargebiet große Verdienste erworben haben.

Vom „Bund der Saarvereine“.

§ Die Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saar-Vereine hielt am 13. Dezember 1929, abends 9 Uhr, im Vereinslokal „Lindenhof“ zu Stettin im Beisein von 25 Mitgliedern und Gästen ihre 51. Monatsversammlung ab. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden, Oberregierungsrat Dr. Stegner, und einem von ihm gegebenen Überblick über den Stand der gegenwärtigen Saarverhandlungen wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Mitteilungen“ wurden die Einladungen des Hilfsbundes für die Elßaß-Lothringer im Reich und des Bundes der Süddeutschen Ortsgruppe Stettin, zu ihren Weihnachtsfeiern am 14. und 29. Dezember d. J. bekannt gegeben. Weiter wurde kurz über die Beteiligung der Vereinsmitglieder an der öffentlichen Feier anlässlich des 80. Geburtstages des Herrn Generalfeldmarschalls von Mackensen berichtet. Zur Lage im Saargebiet machte der Vorsitzende von dem Zusammenbruch bzw. den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zweier alter, bewährter Saarbrücker Bankfirmen Mitteilung. Endlich wurde ein Schreiben des Ehrenmitgliedes Dr. Tschudy im Hamburg nebst den darin enthaltenen Grüßen an die Vereinsangehörigen und der Anzeige von der beabsichtigten Stiftung der „Kriegschronik 1870/71“ für die Bücherei zur Kenntnis der Versammlung gebracht. Punkt 2 der Tagesordnung: Verbesserung. Von dem „Saarkalender 1930“ sind 30 und von der Aufklärungsschrift „Deutsch die Saar immerdar — Heißt die deutsche Saar befreien!“ bisher 132 Stüde abgesetzt worden. Der Bezug des im Verlag von Gebr. Hofer zu Saarbrücken erschienenen „Saar-Wochenkalender 1930“ wurde den Versammelten warm empfohlen. Am 11. März 1930 wird seitens der Ortsgruppe im Verbands der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände unter Mitwirkung des Schülischen Musik- und des Stettiner Lehrerchorvereins im Konzerthause zu Stettin eine große Saarkundgebung veranstaltet werden, über deren Einzelheiten Kassenwart Ehrhardt berichtete. Danach wird zu den entstehenden Kosten seitens der genannten Arbeitsgemeinschaft eine Zusage an den Verein geleistet werden; als Redner des Abends wird der Vorsitzende des Saarvereins fungieren. Punkt 3 der Tagesordnung: „Mitgliederbewegung“. Als neues Mitglied ist dem Verein beigetreten Reichsbahninspektor Emil Schulz zu Stettin. Punkt 4 der Tagesordnung: „Vereinsveranstaltungen“. Vor der Beratung dieses Stoffes machte der bisherige Veranstaltungsleiter Kaufmann Buchardt davon Mitteilung, daß er leider aus gesundheitlichen Gründen genötigt sei, das bisher von ihm verwaltete Amt niederzulegen. Der Vorsitzende gab dem allgemeinen Bedauern der Mitglieder hierüber Ausdruck und verfehlte nicht, Herrn Buchardt für seine treue Mühewaltung den Dank der Ortsgruppe, der hier nochmals wiederholt sei, auszusprechen. Das Amt wird vorläufig von Kassenwart Ehrhardt unter Mithilfe mehrerer Vereinsmitglieder verwaltet. Die endgültige Besetzung wird später erfolgen. Am 11. Januar wird der Verein in hergebrachter Weise sein Winterfest, verbunden mit einer nachträglichen Weihnachtsfeier, und am 22. Februar 1930 den Tag seines 5jährigen Bestehens durch ein gemeinsames Essen — beides im „Lindenhof“ — begehen. Zwischendurch soll bei den Mitgliedern Eheleuten Bahnhofswirt Wolff in Jabelsdorf ein Festessen stattfinden. Der Preis des am 22. Februar geplanten Festessens wurde auf 2,50 M. je Kopf festgesetzt; je nach der Kassenlage wird vereinsseitig gegebenenfalls ein Zuschuß dazu geleistet werden. Punkt 5 der Tagesordnung: „Saar-Resolution“. Die Versammlung faßte auf Vorschlag des Vorsitzenden einstimmig nachstehende Entschließung: „Die Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saar-Vereine erwartet von der deutschen Regierung und ihren

Unterhändlern, daß sie sich bei den zurzeit stattfindenden Saarverhandlungen für eine in politischer und wirtschaftlicher Beziehung an keinerlei Bedingung geknüpfte, restlose Rückkehr des deutschen Saargebietes — nach dem Stande von 1914 — zum Deutschen Reich einsetzen. Kein Fußbreit Boden, kein Pfund Kohle darf verloren gehen! Den Verhandlungsgegnern lasse man keinen Zweifel darüber, daß für sie als einmütiger Wille des deutschen Volkes zu gelten hat: „Hände weg vom deutschen Saargebiet!“ Zu Punkt 6 der Tagesordnung: „Verschiedenes“ gab Herr Buchardt den Bestand der Sammelbüchse mit rund 60 M. bekannt. Nach Schluß des geschäftlichen Teiles blieben die Erschienenen noch bis kurz nach Mitternacht bei gemüthlicher Unterhaltung und einem kleinen Tänzchen zusammen.

Im Rahmen der Hochschulvorträge, welche von der Geschäftsstelle Saarverein über das „Saarproblem“ veranstaltet werden, sprach Studienrat Dr. Kell, Düsseldorf, Vorsitzender der Düsseldorfer Ortsgruppe, am 11. d. M. vor der Studentenschaft der Universität Gießen. Redner zeigte die historische Entwicklung der „Saarfrage“ von ihren Anfängen bis in die Jetztzeit und wies insbesondere auf ihre Bedeutung im Zusammenhang mit dem gesamten Rheinproblem hin. Unter Betonung der wirtschaftlichen Bedeutung des Saargebietes gab er einen Überblick über die Bestrebungen Frankreichs nach Eroberung des Gebietes, seit 1918, die in den Jahren 1919 bis 1925 mehr auf die politische und kulturelle Eroberung, seit 1925 auf die wirtschaftliche hingen. Ueber die mannigfachen Versuche der französischen Öffentlichkeit in den letzten Monaten, ihre Regierung stark zu machen, um bei den Saarverhandlungen in Paris Konzessionen wirtschaftlicher Art wie die Privatisierung der Saargruben unter überragender Beteiligung französischen Kapitals und die Verlängerung der Zollunion durchzusetzen, berichtete Redner eingehend, wies demgegenüber auf die einmütige energische Ablehnung dieser Forderungen durch die Saarbevölkerung hin, die bedingungslose Rückgliederung des Heimatlandes und restlose Rückgabe der Saargruben in den ehemaligen Staatsbesitz verlange, und sprach die Erwartung aus, daß die deutsche Regierung lieber auf eine vorzeitige Regelung der Saarfrage verzichte, als daß sie Zugeständnisse wirtschaftlicher oder gar politischer Art mache, deren Folgen die deutsche und saarländische Wirtschaft und die ganze Saarbevölkerung auf sich zu nehmen hätten.

Der Westdeutsche Rundfunk beginnt am 26. Januar mit einer Saar-Vortragsreihe. Die Pariser und die Haager Konferenz ebenso wie die beträchtlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den westdeutschen Grenzgebieten hatten den Westdeutschen Rundfunk im Laufe des Jahres 1929 veranlaßt, in seinem Vortragswesen wieder und wieder auf die Bedeutung dieser Probleme und Zusammenhänge hinzuweisen. Höhepunkt dieser staatsbürgerlichen Aufklärungsarbeiten war die Grenzlandwoche, die unter dem Titel „Wirtschaftsorgen des westdeutschen Grenzlandes“ im August veranstaltet wurde. Diese Vortragsreihe konnte die Saarfrage nur kurz streifen. Als nun die Entwicklung der deutschen Außenpolitik neben der Rheinlandräumung die Möglichkeit baldiger Heimkehr des Saarländes zum Reich sehen ließ, erschien es notwendig, den Westdeutschen Rundfunk und damit die weitreichenden Wellen des Langenberger Senders für die Interessen des Saargebietes einzusetzen. Im Früherbst begonnene Vorbereitungen tragen jetzt ihre Früchte. Am 26. Januar 1930 beginnt im Programm des Westdeutschen Rundfunks eine Vortragsreihe unter dem Titel: „Lebensfragen des Saargebietes“, worin Führer des politischen und des Wirtschaftslebens an der Saar den Sorgen, Wünschen und Hoffnungen der Saarbevölkerung Ausdruck geben werden. Redner, Tage und Uhrzeit werden im Berag-Programm noch genau bekanntgegeben. Schon jetzt sei die Zuhörerschaft des Saargebietes auf diese Veranstaltung hingewiesen. Der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ begrüßen es freudig und dankbar, daß der Westdeutsche Rundfunk mit dieser Saar-Vortragsreihe Ende Januar beginnen wird. Die Aufklärungsarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zerfällt bekanntlich in die literarische und die rednerische Aufklärung, die beide in unlöslichem Zusammenhange miteinander stehen und in den bisherigen Jahren viele Arbeit erfordert haben. In dankenswerter Weise ist es mit Unterstützung der zahlreichen Landes- und Ortsgruppen möglich gewesen, auch im verflossenen Jahre 1929 in vielen großen Städten Saarkvorträge halten zu lassen, für welche auf Kosten der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ eine große Anzahl von Rednern zur Verfügung gestellt worden sind. Der weitere Ausbau der Lichtbildervorträge ist durchgeführt worden und besonderer Wert wurde auch darauf gelegt, den Rundfunk für die Vortragsaufklärung

nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Städten benutzend zu lassen. Schon seit vielen Jahren ist die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bemüht immer wieder anzuregen, ganz besonders den Rundfunk in den Dienst ihrer Aufklärungsarbeit zu stellen. Im Hinblick auf die in Paris begonnenen deutsch-französischen Saarverhandlungen und die seit einiger Zeit intensiv einsetzende französische Propaganda ist es heute notwendiger denn je, in der Aufklärung über das, was bei der Frage der Rückgliederung des Saargebiets für Deutschland politisch und wirtschaftlich auf dem Spiel steht, nicht nachzulassen, bis das erreicht ist, was von den Vertretern des Saargebiets eindeutig gefordert wird. Der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ erwächst aus dieser Lage heraus die politische und vaterländische Pflicht, ihre Tätigkeit im Sinne des Willens der Saargebietsbevölkerung nicht nur fortzusetzen, sondern mit verstärkter Kraft aufzunehmen. Die beste Gelegenheit zu solcher Aufklärungsarbeit ist durch den Rundfunk gegeben, der im kommenden Jahre noch mehr als bisher veranlaßt werden soll, im Interesse der vaterländischen Aufklärungsarbeit in allen Städten und immer wieder Saarvorträge halten zu lassen.

**** Universitätsvortrag in Würzburg.** Im Rahmen der von der Geschäftsstelle „Saarverein“ veranlaßten Hochschulvorträge fand anfangs Dezember im Geologischen Hörsaal Neue Universität ein Vortragsabend statt, bei dem der 1. Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Herr Senatspräsident Andres-Frankfurt a. M., über die „Saarfrage“ sprach und alle die für uns Deutsche damit verbundenen wichtigen Probleme mit klaren und beredten Worten aufrollte. Nach kurzen einleitenden Begrüßungsworten des Geheimrats Dr. Sapper begann der Redner seine hochspannenden Ausführungen. Der schändliche Friedensvertrag von Versailles war es, so berichtet der „Frankfurter“, der mit seinen Bestimmungen die Saarfrage schuf. Seit 1918 befehlte die Franzosen wieder der alte Drang nach dem Rhein. Außer der Einverleibung von Elsaß-Lothringen war ihr ganzes Streben auf eine Loderung und Loslösung des Saargebietes von Deutschland gerichtet, das doch rein deutsches Gebiet ist und während der letzten 1000 Jahre nur 31 Jahre dem Staate Frankreich einverleibt war. Durch die Wegnahme des Saargebietes auf 15 Jahre sollte Frankreich ein Ersatz geschaffen werden für seine zerstörten Kohlengruben in Nordfrankreich; Deutschland aber wurde das Recht zugebilligt, seine Naturleistungen nach Ablauf der 15jährigen Frist durch Gold wieder zurückzukaufen zu können. Doch ist bis jetzt der Stand der Ausbeute schon längst überschritten, so daß jeder Anspruch von französischer Seite völlig hinfällig ist. Das schlimmste aber für das Saargebiet ist, daß dem Bürgertum die wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte genommen wurden, was die Bevölkerung bitter empfindet und als Schmälerung ihres Selbstbewußtseins ansieht. Deshalb sehen die Bewohner mit Begeisterung der Volksabstimmung 1935 entgegen; denn jeder ist sich klar, daß diese zuungunsten Frankreichs ausfallen wird und daß das Saargebiet seinem alten Heimatland wieder angegliedert wird, wenn auch die alliierten Mächte betont hatten, daß die Saarländer durchaus keinen Grund haben, die neue französische Regierung als eine andere anzusehen als die in Berlin und München. Die Bevölkerung sieht und muß die bestehende Ordnung als eine Gewaltherrschaft ansehen und fordert mit immer heißerem Begehren den Anschluß an Deutschland. Verschiedene Krisen in der Regelung der Saarfrage traten während der zehn Jahre auf; aber jedesmal suchte man um diese heikle Frage herumzukommen. Doch die Ausdauer der Bevölkerung hält an. Zehn Jahre hat sie nun die fremde Gewaltherrschaft getragen und sie wird sie auch noch die weiteren fünf Jahre auf ihre Schultern nehmen; wenn nicht Frankreich auf eine vorherige Regelung dieser Frage übergeht, die, wie Lardieu, der Vater der Saargebietfrage, bei seinem Regierungsantritt erklärt hat, in keiner Weise mit den Vorjahren der Regierung im Widerspruch steht. Sodann geht der Redner auf die letzten Äußerungen Briands vom November 1929 ein, die ihm zur Regelung der Saarfrage von großer Wichtigkeit scheinen. Briand betont darin immer wieder die Wahrung der Rechte der Bevölkerung. Wir dürfen uns aber durch die Redensart Briands nicht täuschen lassen, damit nicht unsere Ziele auf falsche Bahnen geleitet werden, sondern unsere Forderung muß immer eine ungeschmälerte Zurückgabe des Saargebietes sein. Auch spricht er ferner von einer elsäß-lothringischen Solidarität, die wir natürlich ganz energisch zurückweisen müssen; denn die wirtschaftlichen Bande zu Deutschland sind doch viel enger und inniger als die Frankreichs. Inniger und unabhängiger von den Franzosen müssen die Bande wieder werden und frei der deutsche Rhein. Die klaren Ausführungen des Vortragenden, die einen vollen Einblick in die wichtige Angelegenheit gaben, fanden starken Beifall.

**** Saarvortrag in der Technischen Hochschule in München.** Am 13. Dezember hielt Rechtsanwalt Levacher-Saarlouis, Mitglied des Landesrats des Saargebiets, in der Technischen Hochschule in München einen Vortrag über das Thema:

„Das Saargebiet und seine Kämpfe.“ Die Einladung zu diesem Vortrag war ausgegangen von der Münchener Studentenschaft, mit welcher sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, die sich die Veranstaltung von Saarvorträgen bekanntlich zur ganz besonderen Aufgabe gemacht hat, vorher in Verbindung gesetzt hatte. Nach kurzem Ueberblick über die Geschichte des Saarlandes, gab der Redner eine Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch der Franzosen 1918 bis zum heutigen Tage. Mit größter Aufmerksamkeit folgten die Hörer den Ausführungen über den zähen Freiheitskampf der Saarländer. Immer wieder dröhnte das Auditorium von Beifallstürmen wider. Es ist eine alte Tatsache, daß die Deutschen im Reich, Menschen, die inmitten der Volksgemeinschaft leben, von der Wesensart der Grenzländer wenig wissen. „Grenzländer“ und „Industriegebiet“ sind zwei Begriffe, die im Binnenland nicht immer die besten Gedanken auslösen. Mit Staunen hörten nun die Anwesenden, was Herr Levacher in seinem Vortrag ausführte: Diese Menschen im Westen sind ein Grenzvolk von besonderer Eigenart, sind keine Industriebevölkerung im gewohnten Sinne. Seit Generationen sieht der Saarbergmann auf eigener Scholle. Er ist Bürger und will es sein. Grund und Boden, Haus und Garten gehören ihm. Er ist bodenständig im besten Sinne im Gegensatz zu der proletarischen Industriebevölkerung anderer Gegenden. So erklärt es sich, daß alle Arbeiter wie ein Mann hinter den Abwehrkämpfen stehen, daß die im Versailler Vertrag für 1935 vorgesehene Abstimmung heute schon überfällig ist, daß Frankreich für diese Abstimmung keinerlei Hoffnung hegen darf. Aufsehen erregte die Mitteilung, daß der Referent für Saargebietsfragen im Völkerbund — ein Chinese war, eine ebenso groteske wie traurige Tatsache. Die Berichte über die Erfolge des Saarkampfes wurden mit großer Genugtuung, die Darlegung der Forderungen zur Lösung der Saarfrage mit starkem Beifall aufgenommen. Rechtsanwalt Levacher-Saarlouis, welcher zu denjenigen Persönlichkeiten gehört, die die Arbeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saarvereine stets als bedeutungsvoll anerkannt haben, nahm auch diese Gelegenheit wahr, um auf die bedeutungsvolle Aufgabe des Bundes der Saarvereine hinzuweisen. Die Aufklärungsarbeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ verdiene volle Anerkennung. Ihre bedeutungsvolle Aufgabe sei der Unterstützung des gesamten deutschen Volkes würdig, da es sich um überaus wichtige vaterländische Ziele handele. Jedenfalls seien der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die treuesten und besten Kampfgenossen der Saarbevölkerung. Der Vertreter der Landesgruppe Bayern des Bundes der Saarvereine, deren Mitglieder in großer Anzahl dem Vortrag beigewohnt hatten, übermittelte Rechtsanwalt Levacher den Dank des Bundes der Saarvereine für die anerkennenden Worte und überreichte ihm den Ehrenkrug der Landesgruppe Bayern (Original Hofbräu-Hauskrug mit weißblauer Schleife) mit der Widmung: „Bund der Saarvereine, Landesgruppe Bayern dem tapferen Kämpfer für das Deutschtum an der Saar“. Für diese wohlverdiente Ehrung gab sichlich erfreut Rechtsanwalt Levacher seinem aufrichtigen Danke Ausdruck.

In Halsbrücke (Sachsen) hielt am 10. Dezember Herr Bergat André im Erzgebirgsverein, Zweigverein Halsbrücke, einen Vortrag über das Saargebiet vor einem Hörerkreis, der hauptsächlich dem staatlich sächsischen Hüttenbetrieb angehörte. Infolgedessen wurden in dem Vortrag außer den politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen auch die beruflichen und sozialen Verhältnisse des Saarlandes besprochen. Derselbe Vortragende berichtete am folgenden Tage in Freiberg (Sachsen) vor den deutschen Studierenden der dortigen Bergakademie unter besonderer Hervorhebung der wirtschaftlichen Bedeutung des Saarlandes für die deutschen Berg- und Hüttenleute. Daneben wurde die kulturelle und geschichtliche Entwicklung geschildert und die fehlende Verechtigung französischer Ansprüche auf das urdeutsche Saargebiet nachgewiesen. In beiden Vorträgen wurde eine Anzahl Lichtbilder aus der Geschichte und der Industrie des Saargebietes gezeigt, welche die Geschäftsstelle „Saarverein“ in Berlin zur Verfügung gestellt hatte.

**** Ein Saarvortrag mit Lichtbildern vor der Ortsgruppe Greiz** des Gewerkschaftsbundes der Angestellten hielt am 5. Dezember auf Veranlassung der Geschäftsstelle Saarverein Herr Bergat Ruzwurm-Quedlinburg, ein sehr geschätzter und unermüdlicher Mitarbeiter des Saarvereins, welcher das Saargebiet aus eigener Anschauung recht gut kennt. Der „Greizer Zeitung und Tageblatt“ entnehmen wir darüber folgendes: Der Vortragende ging von dem Hauptreichtum des Landes an „schwarzen Diamanten“ aus. Die Schachtanlagen liegen zumeist im Walde. Sie stören daher in keiner Weise das Landschaftsbild. Dadurch war das Saargebiet der schönste Industriebezirk, den wir in Deutschland hatten. 52 000 Arbeiter wurden hier vom Bergfiskus beschäftigt; davon hatten mehr als

20 000 Arbeiter ihr eigenes Haus und etwas Acker. Es handelt sich hier um einen bodenständigen Bergmannsstand, bei dem sich der Beruf von dem Vater auf den Sohn vererbt. Wirtschaftlich ist das Saarland durch tausend Fäden mit dem deutschen Wirtschaftsleben, mit seinem Handel und Verkehr verknüpft. Es ist ein unsinniger Versuch, dieses Verhältnis umstellen zu wollen. Die Umstellung gereicht dem Saarland nur zum Schaden; für die deutsche Wirtschaft bedeutet sie einen ungeheuren Verlust. Die gezeigten Lichtbilder vermitteln den Eindruck, daß es sich um ein wertvolles Gebiet handelt. Ein kurzer Blick auf die Geschichte des Landes gab eine eindeutige Antwort auf die Frage der Zugehörigkeit dieses Landes nach Abstammung, Geschichte, Sprache, Kultur und nach seiner Entwicklung und Wirtschaft. Schon bei den verschiedenen Aufteilungen des Reiches Karls des Großen wurde dies von deutschen Stämmen bewohnte Land von dem Westreich begehrt. Auch der Versuch der Errichtung eines selbständigen Staates zwischen den beiden großen Mächten Deutschland und Frankreich ist nicht neu. Kurze Zeit, von 843 bis 870, ist das Saarland dem kurzlebigen Zwischenstaat Lothringen zugeeilt gewesen. Seitdem hat es fast ununterbrochen zu Deutschland gehört, mit Ausnahme von zwei kurzen Raubzeiten durch Frankreich. Es kann also keinen größeren Betrug geben, als den Versuch, aus diesen paar Brocken Gewaltherrschaft und Raubgeschichte einen Schein des Rechts für französische Ansprüche herzuleiten. Allein die mangelnde geographische Kenntnis der Amerikaner und Engländer hat es Poincaré ermöglicht, mit falschen Unterlagen den Anschein hervorzurufen, daß angeblich 150 000 „Franzosen“ im Saargebiet auf ihre Befreiung warten, während normalerweise keine 100 Franzosen im Saargebiet vorhanden waren und vorhanden sind. Das dem Völkerbund unterstellte Saargebiet wird in Wirklichkeit von Frankreich regiert. Gegen den Willen der Bevölkerung sind französische Währung, französische Schulen, französische Zollschranken, Militärgerichtsbarkeit und Bahnschutz, nur eine Verkleidung des bisherigen französischen Militärs, eingeführt worden. Das blühende Land ist ausgelogen und ruiniert. Handel und Wandel sind durch Zollschranken gegen Deutschland lahmgelegt. Die 70 000 Bergarbeiter können sich von ihrem Lohn nicht mehr ernähren und halten sich nur dadurch über Wasser, daß sie aus alter preußischer Zeit ihre eigenen Häuser und etwas Landwirtschaft haben. Industrie, Beamtentum, Handelswelt und auch die Landwirtschaft befinden sich in einer trostlosen Lage. Zu allen wirtschaftlichen Nöten kommt der dauernde Druck der fremden Besatzung mit ihren Schikanen und Übergriffen. Noch jetzt sind im besetzten Gebiet über 6800 Wohnungen beschlagnahmt. Die

Sklavenketten, die das Saarvolk trägt, drücken auch uns. Und wenn wir uns befreien wollen von dieser Ausbeutung und Knebelung, so müssen wir zunächst dem noch mehr entrechteten Saarvolk beistehen in seinem vorbildlichen Kampf um die Zurückdrängung widerrechtlicher Übergriffe und Knechtung. In geschlossener Einheit stehen die deutschen Brüder an der Saar, in Not zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken in gemeinsamer Abwehr des äußeren Feindes. Gut ab vor solcher Wacht an der Saar, die sich ein Leitwort gesetzt hat, das für uns alle gelten möge: „Deutsch die Saar immerdar!“ Mit warmem Beifall wurde dem Redner für seinen Vortrag gedankt, der, unterstützt von vielen Lichtbildern, allen die Not des Saarlandes nahegebracht hat. Umrahmt waren die Ausführungen von Rhein- und Vaterlandsliedern, die der Turnerlängchor der Turnerschaft unter der Leitung seines bewährten Dirigenten Herrn Klöppel sang und den Abend damit zu einer Gedenkstätte an die Brüder im geknechteten Saarland gestaltete.

Bücherschau.

** Aus dem Leben und den Briefen des Landschaftsmalers und Hofrats Georg Wilhelm Iffel, 1785—1870, von Karl Lohmeyer, Heidelberg 1929, bei Gustav Köster. Demjenigen, der seinerzeit die Tagung des Bundes der Saarvereine in Heidelberg besucht hat, wird das neueste Buch des Heidelberger Kunsthistorikers und Ehrenmitgliedes des Bundes der Saarvereine, K. Lohmeyer, unseres Saarbrücker Landsmannes, interessant sein. Heidelberg kann niemand besuchen, der nicht dessen entzückende Landschaft lieb gewänne. Und wenn sie lieb geworden ist, der wird gern nach einem Buch greifen, das von einem Künstler handelt, der seinen Wohnsitz in Heidelberg hatte und dort seine Bilder schuf, die Heidelbergs Landschaft und die süddeutsche Landschaft überhaupt verkörpert. Einer von den Heidelberger Malern der Romantik war G. W. Iffel, dem Lohmeyer nun eine Monographie gewidmet hat, die mit vielen schönen Bildern geschmückt ist. Der Hauptzweck des Buches ist, abgesehen von der Darstellung des Lebens des Künstlers, der Nachweis, daß die Darstellung der schlichten Landschaft, die wir z. B. bei Hans Thoma bewundern, schon von den Malern der Heidelberger Romantik, insbesondere eben von G. W. Iffel, geübt und zur Vollendung gebracht wurde, ehe Engländer und Franzosen sich rühmten, die Wiedergabe der „paysage intime“ erfunden zu haben. So hat also das neue Buch Lohmeyers auch nationalen Wert. —n.



Die am 15. Januar 1930 erscheinende

Saarheimatbilderbeilage

verbinden wir mit der Saarheimatbilderbeilage vom 15. Februar 1930 zu einer sechzehnjährigen Ausgabe, die am 1. Februar 1930 erscheinen wird. In dieser Ausgabe wird die Bedeutung des Malers Dryander für unsere Saarheimat, durch das Ehrenmitglied des Bundes der Saarvereine, Herrn Dr. Lohmeyer-Heidelberg, eingehend gewürdigt. Die Beilage ist mit ausgezeichneten, zum Teil bisher unveröffentlichten Reproduktionen Dryanderscher Gemälde geschmückt.

Sonderdrucke mit besonderen Umschlägen werden hergestellt.

Bestellungen können jetzt schon erfolgen. Der Preis steht noch nicht genau fest; er wird zwischen 1,— M. und 1,50 M. schwanken.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“.
Berlin SW 11, Königsgräber Str. 94 II.

Erscheint zunächst monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbitten. In Sonderfällen: erfolgt Zulassung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein e. V., Berlin SW 11, Königsgräber Straße 94. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depotskonten O, Berlin SW 47, Bille-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein e. V.“ mit dem Bemerkt „Saar-Freund“ erbitten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Besselt, Berlin-Wilmersdorf; für die Inserate Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein e. V.“, Berlin SW 11, Königsgräber Straße 94. — Druck: Deutscher Schriftverlag, Berlin SW 11.

Empfehlenswerte Zeitungen

Wollen Sie stets über das Geschehen
in der Heimat orientiert sein, so lesen Sie die

Saarbrücker Zeitung

Einige wöchentlich erscheinende
Heimatgeschichtliche Beilagen sind auch für Sie
von größtem Interesse.

*

Werben Sie für Ihre Saarheimat!

Ihnen selbst und allen denjenigen, die Interesse
für Geschichte und Schicksal unserer Heimat
bekunden, empfehlen wir die in unserem Verlag
erscheinenden

Heimatbücher

*

Auf Wunsch wird das neue Verlagsverzeichnis sofort
zugefandt.

Gebr. Hofer A.-G., Saarbrücken.

Saarbrücker Landes-Zeitung

Das führende Organ der größten
politischen Partei des Saargebietes

Verlag

der bedeutendsten Heimat- und Geschichtswerke
des Saargebietes

Wichtige Neuerscheinungen:

Geschichte des Infanterie-Regiments Nr. 70, von
Generalleutnant a. D. Siehr . . . RM. 10.—

Die Kontrolle des Völkerbundes über die Tätig-
keit der Regierungskommission des Saargebiets,
von Dr. Curt Groton RM. 3.—

Literaturgeschichte des Saargebietes, von Professor
E. Reinhard, brosch. RM. 2.50, geb. RM. 4.50

Das schöne Land an der Saar, von H. Reuth,
brosch., 64 unveröffentlichte Bilder RM. 8.

Geschichte des Saargebietes, von Prof. Dr. Rup-
persberg RM. 12.—

Prospecte kostenlos

Neunkircher Volkszeitung

Neunkirchen, Saar.
45. Jahrgang. Fernr. 2007.
Inhaber: Otto H. Bauer.
Unabhäng. Tageszeitung.

Eigener Berliner Dienst. Erscheint
in großem Format. In 100 eigenen
Agenturen und 180 Postorten des
ganzen nördlichen Saargebiets, der
Kreis Ottweiler, St. Wendel, Kreis-
kreis St. Wendel und der Westpfalz
verbreitet. Vorzgl. Anzeigenwirktg.

Saar- und Blies-Zeitung Neunkirchen-Saar

Druck und Verlag von C. A. Ohle

**Die anerkannt größte und älteste Tages-
zeitung im nordöstlich. Saar-Industriegebiet**

70. Jahrgang

Ständig steigend! Auflage fast 10000 Ständig steigend!

In Neunkirchen-Wiebelskirchen - über 50000 einwohner-
nachweisbar weit mehr Abonnenten, als die beiden
andern dort erscheinenden Zeitungen zusammen.

Nebenausgaben: Ottweiler Tageblatt, Neue Homburger Zeitung,
Wiebelskirchener Zeitung, General-Anz. für Spiesen-Elversberg.

Kaufen Sie
bei unseren Inserenten! —

Sagen Sie
es ihnen aber auch!

des Saargebietes



**Nachweisbar höchste Auflage
sämtl. in Neunkirchen (Saar), der
zweitgrößten Stadt des Saargebie-
tes, erscheinend. Tageszeitungen**



St. Wendeler Volksblatt

AMTL. KREISBLATT D. KREISES ST. WENDEL

Stärkstverbreitete Tageszeitung in St. Wendel
Stadt und Land. Älteste Zeitung am Platze

Verlag: St. Wendeler Volksblatt
Müller & Co. G. + m. + b. + H.
St. Wendel-Saar, Tel. 49, Karlstraße 12

51.
Jahrgang

MERZIGER VOLKSZEITUNG

Führende Heimatzeitung
8 000 Auflage

Hauptverbreitungsgebiet:
die Kreise

Merzig, Wadern, Saarlouis
Saarburg und Trier-Land

MODERNE AKZIDENZDRUCKEREI

SULZBACH, SAAR

Sulzbacher Volkszeitung

Erscheint seit 1876. Tägliche Ausgabe.
Gut redigiertes Heimatblatt, in allen
Schichten der Bevölkerung gelesen.
Einzige in Sulzbach erscheinende Zeitung
Drucker und Verleger **Franz Carl Hilger**
Fernruf 238. Geschäftsstelle Marktstr. 26

Württ. Saarvereinigung Stuttgart

Jeden 1. Montag im Monat

S a a r s t a m m t i s c h
im Restaurant **Schwalb**, Charlottenplatz 3

Zu diesem sind alle Saardeutschen, die an diesem Tag in Stuttgart
weilen, freundlichst eingeladen.

Pommerische Gänse Pommerische Wurstwaren

allerfeinster Qualität und billigsten Preisen empfiehlt
das gute Feinkosthaus

Fritz Herrmann (Aus Neunkirchen/Saar) **Stettin**
Falkenwalder Str. 115, Ecke Turnerstr. Normaluhrede. / Fernspr. 32462

Der Saarländer-

Stammtisch in Berlin

findet nur noch allmonatlich einmal, und zwar jeden zweiten
Mittwoch im Monat im Restaurant „Zum Heidelberger“,
Friedrichstraße 143/49 (Parlamentzimmer) statt. Die nächste
Zusammenkunft ist am Mittwoch, den 8. Januar 1930
abends 8 $\frac{1}{4}$ Uhr. Alle Mitglieder der Ortsgruppe Berlin.
Freunde unserer Organisation und Saarländer, die sich
vorübergehend in Berlin aufhalten, sind herzlichst
eingeladen.

Diplome — Urkunden Inserieren Sie Programme — Prologe usw.

Für Veranstaltungen
der Saar-Vereine
liefert mit Bildern
der Heimat zuverlässig
und billig

Kurt Frog, Ziv.-Ing.
Halle a. S., Schmeerstr. 2
früher Dillingen - Saar
Referenz: Geschäftsstelle
„Saar-Verein“ Berlin.

im „Saar-Freund“

Neu
erscheinung!

Saar-Sondernummer der Rheinischen Heimatblätter

Dieses Saarheft mit hochbedeutenden Beiträgen und einer
Kunstbeilage: „Die Klause bei Serrig a. d. Saar“ verdient
die größte Beachtung aller Interessenten. Das 124 Seiten starke
Heft ist mit schönen Abbildungen geschmückt. Aus dem Inhalt
seien einige Beiträge erwähnt: „Das Saarstatut und seine Durch-
führung“, von Dr. Groten; „Erfüllt der Völkerbund als Saar-
Treuhand seine Pflicht?“, von Dr. Mehrmann; „Zehn Jahre
vom Reich getrennt — eine kulturpolitische Rückschau“, von
Dr. Mastin; „Saarlandschaft“, von Dr. Kloeveforn; „Burg Lichten-
berg“, von Pfarrer Saarbeck; u. a. m.

Das Heft ist zu beziehen durch

Geschäftsstelle „Saar-Verein“

Berlin SW. 11, Königgräzer Straße 94

RM. 2,00.

Bergmann 3243

RM. 2,00.

Soeben erschienen.

Saar-Wochentalender 1930

Herausgegeben von Prof. Dr. Kloeveforn.

Bilder von Max Wenz.

Der Kalender ist kein Abreißkalender im gewöhnlichen Sinne,
sondern ein wirklich wertvolles Kulturdokument unserer Zeit. Die
Illustration besorgte der allen unseren Lesern durch unsere
Saarheimatbilderbeilage rühmlichst bekannte Heimat-
photograph M. Wenz. Neue, bisher unveröffentlichte Bilder aus
dem ganzen Saargebiet führen eindringlich die herrliche Schönheit
der Saarheimat vor Augen.

Der Saar-Wochentalender 1930 hat eine gebiegene
und hervorragend schöne Ausstattung erhalten. Er wird als
Wandschmuck Freude bereiten.

Zu beziehen durch

Geschäftsstelle „Saar-Verein“

Berlin SW. 11, Königgräzer Straße 94

RM. 2,50.

Bergmann 3243

RM. 2,50.

Stellengesuch

Kaufmann,

32 Jahre, verheiratet, ausge-
wiesener Saarländer, wohn-
haft Jüterbog, seit 1. 12. 28 stellungs-
los, sucht, da in Jüterbog keine Ber-
dienstmöglichkeit vorhanden, Stellung
im Büro, gleich welcher Art. Anfr.
unter D. S. 100 an den Saar-Freund.

Neu erschienen!

Saarheft

der

Westdeutschen Gesellschaft
für Familienkunde

Wertvolle Beiträge — 84 Seiten

— Interessante Abbildungen —

Das erste Auftreten von über 3500 saarländischen Namen
wird in diesem Saarheft urkundlich nachgewiesen.

Preis 4.— RM.

Zu beziehen
durch:

Geschäftsstelle

„Saar-Verein“, Berlin SW. 11

Königgräzer Straße 94 II

Bergmann 3243.

Buchdruck

Druckarbeiten aller Art
Druckerei der Deutschen Tageszeitung
Berlin SW 11, Dossauer Straße 6-8

Siebsdruck